

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.— Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Poznan- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Ungarn 1.50 Goldmark, für das übrige Ausland 2.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Siedlung und Kämpfer“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Glimmel“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kerniprecher: Redaktion: Donhoff 292-295
Verlag: Donhoff 2506-2507

Dienstag, den 25. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Droschkewitz-Gesellschaft, Teufelhofstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 0.70 Goldmark, Restzeile 0.60 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0.20 Goldmark (außer zwei fertige Wörter). Jedes weitere Wort 0.10 Goldmark. Erstes Wort des ersten Wortes 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0.30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Blatt gerechnet 4.20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Teufelhofstr. 3, eingegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Großindustrie kauft Abgeordnete. Für Beinhsturentag — gegen Sozialpolitik!

Die Großindustrie, der Hort der sozialen Reaktion, macht mobil für den Wahlkampf. Sie hat Sammlungen eingeleitet, um die Parteien zu unterstützen, die gewillt sind, bei der kommenden Entscheidung über die Verteilung der Lasten aus dem Dawes-Gutachten die Interessen der Großindustriellen vor die Interessen des ganzen Volkes zu stellen. Die Kapitalismacht der großen Industrie wird als politisches Argument in den Wahlkampf geworfen. Die Industriellen wollen jedoch sicher sein, daß ihr Geld nicht umsonst ausgegeben wird. Sie zahlen gutes Geld, und sie wollen von den Empfängern ihres Geldes pünktlich und zufriedenstellend mit arbeiterfeindlicher Politik beliefert werden. Ein brutales Rundschreiben der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände beleuchtet den schändlichen Handel, der auf diese Weise mit den Interessen des Volkes getrieben wird. Dieses Dokument der politischen Unmoral und der Korruption lautet wie folgt:

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. Berlin W. 62, Burggrafenstraße 11. Rundschreiben Nr. 253 Berlin, den 6. November 1924. Tagesbuch Nr. Pa. 33120

Die Industrie und ihre Verbände werden zurzeit im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen von den verschiedenen Parteien um erhebliche Geldleistungen angegangen. Die Zuführung einer Gegenleistung hierfür wird meistens nicht gegeben, auch in präzipitierter Form von den geldgebenden Industriellen bzw. Verbänden, soweit uns bekannt geworden ist, nicht verlangt. Von verschiedenen Seiten aus Mitgliedskreisen, Verbänden und Firmen ist an die Vereinigung die Anregung und Aufforderung gerichtet worden, doch der deutschen Arbeitgebervereine einige Unterlagen und richtunggebende Punkte für das Zusammengehen mit den Parteien und für den Wahlkampf überhaupt zu geben, zumal auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund klare Parole herausgegeben hat. Auch auf den Wahltag des Reichslandbundes machen wir aufmerksam. Wir betonen, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nach wie vor gewillt ist, überparteilich zu arbeiten, daß sie es aber als ihre Pflicht ansieht, die Arbeitgebervereine aufzufordern, diejenigen Parteien, welche gegen die grundsätzliche Auffassung der deutschen Wirtschaft arbeiten und eingestellt sind, zu bekämpfen, sowohl materiell wie ideell. Deshalb meinen wir, daß die Unterstützung einzelner Abgeordneter und Parteien von folgenden allgemeinen Gesichtspunkten getragen werden müßte:

Die Wahl am 7. Dezember ist entscheidend für die ganze weitere Entwicklung des Volkes, des Staates und der Wirtschaft. Es geht um den Kampf zwischen internationalistischer Weltanschauung und dem Streben einer Erstarbung nationaler Staats- und Wirtschaftsauffassung, um einen Kampf zwischen nichtdeutschem und deutschem Denken. Der deutschen Arbeitgebervereine — sie mag politisch eingestellt sein wie sie will — ist hiermit die Linie für den Wahlkampf gegeben. Es geht bei dem Schicksalskampf der deutschen Wirtschaft um die Frage, ob nach Annahme des Dawes-Gutachtens innenpolitisch die zu dessen Durchführung und zur Gesundung der Wirtschaft als notwendig erkannten Maßnahmen auch tatsächlich durchgeführt werden. Daraus ergibt sich die Pflicht der deutschen Arbeitgebervereine und der Führer ihrer Verbände in erster Front zu stehen und ideell wie finanziell jeder Partei und jedem Abgeordneten zu helfen, der diese Fragestellung erkannt hat und mit uns an der Lösung mitarbeiten will. Man soll aber von der Industrie und dem Gewerbe nicht erwarten können, daß sie eine Wahl finanzieren helfen, von der sie nicht die Überzeugung haben, daß die Grundlagen einer gesunden und nationalen Wirtschaft hierbei erkannt sind und entsprechend gewürdigt werden. Daher ist es notwendig, daß die Arbeitgebervereine und ihre Verbände sich zentral sowohl wie bezüglich und örtlich mit den Parteien und ihren Geschäftsstellen, wie auch mit den einzelnen Abgeordneten, soweit dies nicht geschehen ist, sofort in Verbindung setzen, um deren Grundeinstellung zu erfahren.

Die Industrie hat schon genug Geld gegeben im Staats- und Allgemeininteresse, ohne jede Gegenleistung zu verlangen. Wir haben bisher in der Vereinigung und unseren Mitglieds-Verbänden stets den Grundsatzt vertreten, daß wir das Industrieinteresse heute am besten wahrnehmen, wenn wir und für einen starken Staat einsehen. Wir können daher verlangen, daß im Rahmen des Staats- und Allgemeininteresses die bürgerlichen Parteien und ihre Abgeordneten sich den von uns und unseren Mitgliedsverbänden vorgebrachten Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete nicht verschließen. Kein Abgeordneter dürfte sich bei Anerkennung dieser Grundzüge etwas vergehen.

Wir fassen unsere Stellungnahme kurz zusammen: Kampf gegen den Internationalismus, der verkennt, daß ein international eingestelltes Deutschland nur dann zur Geltung kommen kann, wenn der Staat gestützt auf eine gesunde Wirtschaft wieder zur Macht und Deutschland selbst ein machtvolles Staatswesen wieder zur Weltgeltung und Gleichberechtigung kommt. Ein politisch wie wirtschaftlich schwaches Deutschland wird auch auf dem Gebiete internationaler Sozialpolitik immer im Nachteil sein. Deshalb wenden wir uns heute besonders dagegen, uns international in der Gestaltung unserer Innenpolitik und vor allem unserer Sozialpolitik festzulegen.

Das Ziel muß vielmehr die auf uns selbst gestellte Erstarbung einer freien deutschen Wirtschaft als der Grundlage eines gesunden Staatswesens sein. Wahrheit, Vernunft und gesunde Wirtschaftstendenzen müssen sich gegen internationale Phrasen, marxistische Weltanschauung und radikale Utopien stemmen.

Wir bitten, diese grundsätzliche Einstellung der Vereinigung, die wohl die jedes Verbandes und Arbeitgebers sein dürfte, überall in entsprechender Form auch in den Bezirken und einzelnen Orten mit Nachdruck gegenüber den Parteien und Wahlkandidaten auch praktisch zu vertreten.

Welche Forderungen und Grundsätze wir im einzelnen auf unseren Tätigkeitsgebieten haben, dürfte unseren Mitgliedern und der Öffentlichkeit bekannt sein. Flugblätter, Broschüren usw. sind unseren Mitgliedern zugänglich bzw. in Arbeit. Überhaupt stehen Propagandamaterial und sachliche Unterlagen über alle Arbeitsgebiete der Sozialpolitik für die Information der eigenen Mitglieder wie für die Öffentlichkeit in größtem Umfange für die Verbände bereit. (Siehe „Rundschreiben“ und Hinweise in den „Mitteilungen“.) Desgleichen steht die Geschäftsführung der Vereinigung für Auskünfte über alle Fragen der Wahl, Programme der Parteien, Kandidaturen wie zur Weiterleitung von Geldmitteln an die richtigen Stellen zur Verfügung. Exemplare dieses Rundschreibens können bei uns kostenlos angefordert werden.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. Für den Vorstand: gez. E. v. Borfig Die Geschäftsführung: gez. Dr. Längler, gez. v. Jengen.

Die deutschen Arbeitgeber meinen, für Geld könne man alles kaufen; nicht nur Ware, sondern auch Politik und Parlamentarier. Es ist niemals nackter herausgesagt worden, daß die deutsche Industrie die Politik als ein bloßes Handelsgeschäft betrachtet. Dies Rundschreiben geht so weit, daß es nicht nur die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung jeder Partei erkennen läßt, die sich kontraktlich verpflichtet, im Interesse ihrer Geldgeber zu arbeiten, sondern darüber hinaus auch die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung einzelner Abgeordneter. Man wird sich demnach im künftigen Deutschen Reichstag die Abgeordneten der reaktionären Parteien genau ansehen müssen, die sich mit der größten Entschiedenheit für die Sache der sozialen Reaktion ins Zeug legen. Man wird bei jedem von ihnen die Frage aufwerfen und unterfragen müssen: hat er während der Wahl Gelder von den Industriellen erhalten, und hat er dafür bestimmte Zusicherungen — kontraktlich festgelegt oder mündlich — gegeben? Erhält er während seiner Parlamentstätigkeit weitere finanzielle Unterstützungen von industrieller Seite? Welche Verpflichtungen ist er für solche finanzielle Unterstützung eingegangen? Und schließlich, wie hoch sind die Summen, die er erhalten hat, oder die er noch erhält? Wieviel kostet der Industrie die Stimme eines der sozialen Reaktion willfährigen Abgeordneten im Deutschen Reichstag?

Solches Mißtrauen, bei dem jedem Parlamentarier der Rechtsparteien die Schamröte ins Gesicht steigen müßte, wird notwendig nach dem von uns wiedergegebenen Rundschreiben der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Da ist der Stimmgeldhandel offen angekündigt: Die Industrie hat genug Geld gegeben, die Industrie kann verlangen, daß die Abgeordneten ihren Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete nachkommen!

Alles für Geld! Das ist die wahre Wahlparole der sozialreaktionären Industriellen. Mit Geld wollen sie alles kaufen: den einzelnen Abgeordneten, die Partei, das Parlament, den Beinhsturentag. Denn das ist schließlich Sinn und Zweck des Handelsgeschäftes. Sie wollen ein willfähriges Parlament, das mit der deutschen Sozialpolitik endgültig Schluss macht, das die deutschen Arbeiter ihrer Willkür ausliefert, damit sie die Lasten des Dawes-Planes aus ihnen herauspressen können. Jetzt auf einmal sind sie für den starken Staat! In der Instanzzeit stellten sie die Wirtschaft über den Staat. Damals wollten sie für sich die Freiheit, die Staatsfinanzen und die Währung zugrunde zu richten,

um daran zu verdienen. Heute schwärmen sie wieder für den starken Staat. Er soll das Instrument sein, das die Arbeiterschaft niederhält und mit den Kosten der Reparation belastet, den Besitz aber schon und schützt.

Diesem Zweck dienen die beiden grundsätzlichen Forderungen der Industriellen, die das Rundschreiben der Arbeitgeberverbände aufstellen. Die erste ist: industrieller Hochschußzoll. Das ist es, was sich hinter der Phrase vom Kampf der nationalen Staats- und Wirtschaftsauffassung gegen internationalistische Weltanschauung verbirgt. Die andere ist: Abbau der Sozialpolitik. Sie kommt zum Ausdruck in dem klassischen Satz des Arbeitgeberverbandschreibens:

„Deshalb wenden wir uns heute besonders dagegen, uns international in der Gestaltung unserer Innenpolitik und vor allem unserer Sozialpolitik festzulegen.“

Keine Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, keine internationale Sozialpolitik, keine Eingliederung Deutschlands in den freien Weltmarkt — so sieht die reaktionäre, volksfeindliche und verderbliche Politik aus, die die Industriellen mit ihrem Gelde kaufen wollen. Sie wollen Parteien und einzelne Abgeordnete bezahlen, damit die sich ihnen gegenüber verpflichten, am Elend und Unglück des Volkes zu arbeiten.

Diesem Handel muß am 7. Dezember ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Die Empörung über den schamlosen Versuch des Stimmgeldkaufes, die Entrüstung über die volksfeindlichen Ziele dieses Handels muß und wird sich als stärker erweisen als die Kapitalismacht der reaktionären Industrie.

Nathusius wird begnadigt.

Paris, 24. November. (IU.) Die Meldung, daß die französische Regierung die Begnadigung des Generals Nathusius beschloß, wird von zuständiger Seite bestätigt. Bis zur Haftentlassung dürften vermutlich noch einige Tage vergehen, da vorher ein Meinungsaustausch zwischen der Deutschen Botschaft und dem Quai d'Orsay erfolgen wird.

Paris, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Information, daß die französische Regierung die Begnadigung des Generals Nathusius in Aussicht genommen hat, wird auch von den Abendblättern bestätigt. Selbst der nationalsozialistische „Intransigent“ erkennt an, daß auf Grund einer unparteilichen Prüfung des Verhandlungsergebnisses eine Gnadenmaßnahme zugunsten des Generals voll auf begründet erscheine.

Wir begrüßen es, daß Herriot den einzig offenstehenden juristischen Weg für eine unverzügliche Freilassung des zu Unrecht verurteilten Generals von Nathusius ohne weitere Verzögerung einschlägt. Die deutschnationalen Giftmischer, die sich auf den Fall Nathusius mit schlecht verhaltenem Freudengehül gestürzt haben, um daraus ein Ablenkungsmanöver großen Stils im Wahlkampf zu konstruieren, werden natürlich nicht verstehen, sich über diese „Begnadigung“ sittlich zu entrichten und die volle Wiedergutmachung des verletzten Rechts zu „fordern“. Aber jedermann weiß, daß keine Regierung sich über die Gesetze hinwegsetzen kann, auch wenn sie von Zivil- oder Militärgerichten noch so mißbraucht wurden, wie das im Prozeß gegen Nathusius geschehen ist. Als der Hauptmann Dreyfus zum zweiten Male vom Kriegsgericht verurteilt wurde, obwohl seine Unschuld klar bewiesen war, da weigerte er sich zunächst, ein Gnadengesuch zu unterzeichnen, obwohl ihm dies von der Regierung und von seinen Freunden und Anwälten dringend nahegelegt wurde. Er gab schließlich nach, und erst viele Jahre später wurde ihm durch ein Urteil des Kassationshofes die moralische Wiedergutmachung eines Freispruchs zuteil. Im Fall Nathusius kann man bestimmt erwarten, daß schon die zweite Instanz auf Grund der eingelegten Revision zur Freisprechung gelangen und damit die ganze peinliche Angelegenheit aus der Welt schaffen wird. Die Hauptsache für den Augenblick ist die Freilassung des alten Mannes, und diese ist nur durch einen Gnadenakt zu erwirken.

Wenn die Regierung Herriot diesen einzig möglichen Weg beschreitet, obwohl sie sich dadurch zweifellos den Schmähungen der französischen Nationalisten, dieser Gesinnungsgenossen des „Lokal-Anzeiger“ und der „Deutschen Tageszeitung“, aussetzt, stellt sie sich turmhoch über die hayerische Regierung, die sich seit Jahresfrist hartnäckig weigert, die feierlich versprochene Begnadigung Fechenbachs zu vollziehen. Und alle diejenigen, die das Schandurteil an Fechenbach dulden und decken — und dazu gehören in erster Linie die Deutschnationalen — sind in unseren Augen ebenso verächtlich wie die französischen Militärriichter von Werden und Lille.

Die krachende Mitte.

Strefemann gegen Marx, Marx gegen Strefemann, Jarres gegen Jarres.

Der Wahlkampf geht, je weiter er vordringt, um so heftiger die Gegensätze auf, die auch innerhalb der bisherigen Regierungsparteien in Reich und Land. Das Strefemann im Lande herumreißt und für seine „Politik der Beisehung“ als Gegenstück zur „Politik der Erfüllung“ Propaganda macht, haben wir bereits registriert. Augenscheinlich ist der Vielredner Strefemann sich gar nicht bewußt, wie stark er mit dieser neuen Formulierung diejenige Politik herabsetzt, die seine Koalitionsgenossen innerhalb des Zentrums und der Demokratischen Partei bisher für richtig befunden haben. Nun hat sich der Reichstagsmarsch in seiner Kölner Rede, die wir im Abendblatt wiedergaben, sehr deutlich gegen diese Art des Außenministers ausgesprochen, freilich ohne ihn zu nennen. Er hat darüber gespottet, daß man in der letzten Zeit die „Entdeckung“ gemacht habe, daß zwischen der Außenpolitik der letzten Jahre und der von heute ein wesentlicher Unterschied bestünde. Es ist nach seiner Meinung erfreulich, daß man diese Entdeckung erst jetzt gemacht hat und noch erfreulicher, daß man bisher nie etwas von diesem Unterschiede gemerkt hat.

Das ist eine für einen Mann in der Stellung des Reichstagsmarschlers sehr vorsichtige, aber sehr deutliche Absage an seinen Ministerkollegen, der in der Wahlzeit nichts Besseres zu tun weiß, als die von ihm bisher fortgesetzte Erfüllungspolitik als eigene Erfindung auszugeben, trotzdem er diese Erfüllungspolitik noch vor kurzer Zeit selber aufs heftigste bekämpft hat. Die Zentrums- und Demokratische Presse braucht ja nicht ganz so vorsichtig zu sein als der Reichstagsmarschler. Deshalb spricht die „Germania“ in einer anderen Tonart mit der Volkspartei und ihrem Führer Strefemann. Sie macht darauf aufmerksam, daß die Volkspartei schon im Mai 1921, als Oberschleifen von den Polen besetzt und das Londoner Ultimatum bei der deutschen Regierung eingetroffen war, eine Zeitlang ernstlich den Gedanken erwogen hat, die Wirtschaftliche Erfüllungspolitik mitzumachen. Zwar forderte sie gewisse Garantien von der Entente in bezug auf die Erhaltung der Oberhoheit für Deutschland. Trotzdem aber diese Garantien wegen des Ultimatums gar nicht erst gefordert werden konnten, war der volksparteiliche Justizminister des Kabinetts Heubach, Dr. Heintze, bereit, im Erfüllungskabinettsmitglied Wirth zu verbleiben! Aber seine Fraktion hat ihm das unter sagt, nicht, weil sie die Erfüllungspolitik für töricht hielt, sondern weil sie nicht den Mut dazu hatte, sie offen zu unterstützen. Ihre Ablehnung war also nur eine parteifaktische, nicht eine grundsätzliche.

Dieselben Mangel an Mut hat die Volkspartei noch wiederholt an den Tag gelegt, weil sie immer die Konkurrenz der Deutschnationalen fürchtete. Schon im Oktober 1921 erklärte sich ihr Führer Strefemann in einer Konferenz beim Reichspräsidenten für die große Koalition auf dem Boden der Erfüllungspolitik. Aber eine Stunde später war er bereits von seiner Fraktion zurückgewiesen und mußte seine Zustimmung zurückziehen.

Immer noch fürchtete die Volkspartei — wie sich im Mai 1924 zeigte, nicht um Unrecht — die Konkurrenz der Deutschnationalen. Später hat das Kabinettsmitglied Cuno ja das Gegenteil von Erfüllungspolitik getrieben und als dieses zusammenbrach, hat dann Strefemann selbst die Außenpolitik liquidiert und wieder die Erfüllungspolitik aufgenommen, die durch die frühere Weigerung der Volkspartei, an der Regierung teilzunehmen, unterbrochen war. Mit Recht sagt deshalb die „Germania“ den Strefemannern:

Insbesondere haben die Volksparteiler durch ihr „Soll-ist-faktisch“-Spiel gegenüber der Erfüllungspolitik für Deutschland zwei kostbare Jahre verloren. Hätten sie

den Mut zum Handeln sofort gefunden und nicht dem Druck von rechts nachgegeben, der heute noch ihr Verhängnis ist, so würde sich die gesamte Lage Deutschlands wesentlich früher konstituiert haben.

Wir erleben also das erbauliche Schauspiel, daß in einem Wahlkampf, der von bisherigen Koalitionsparteien um eine „starke Politik der Mitte“ geführt wird, sich die hauptsächlichsten Vertreter dieser Politik, Marx und Strefemann, gegenseitig widerlegen. Noch schöner aber wird es, wenn man sieht, daß der volksparteiliche Reichsminister, Jarres, sich selbst widerlegt. In einer Berliner Versammlung der Volkspartei hat er vor einigen Tagen die Auflösung des Reichstages als vollkommen unnötig und als ein Unglück für das Volk erklärt. Boshast bemerkt dazu die „Germania“:

Es scheint bei den Ministern der Deutschen Volkspartei allmählich Mode zu werden, in ihren Wahlversammlungen nicht mehr zu wissen, was sie als Minister getan haben. Unseres Wissens ist die Reichstagsauflösung vom Reichskabinettsmitglied Jarres, die das Kabinettsmitglied Dr. Jarres an seinem eigenen noch amtierenden Kabinettsmitglied, berührt äußerst merkwürdig. Dr. Jarres föhlt sich wohl bereits „in Ründigung“, aber von einem Reichsminister sollte man selbst dann etwas mehr Selbstdisziplin erwarten.

Die volksparteilichen Minister, die immer wieder mit dem Brustton der Ueberzeugung erklären, daß sie das Vaterland über die Partei stellen, scheinen wirklich einen merkwürdigen Begriff von Partei- und vaterländischen Interessen zu haben. Ihre Fraktion hat in schlotternder Angst um ihre Anhängerschaft eine Regierungskrise nach der anderen herbeigeführt. Jetzt zeigen die Minister der Welt, wie zerfahren und hilflos die sogenannte Politik ist, die die Volkspartei dem Deutschen Reich befehlen möchte. Mit einem Worte: Echt nationalliberal!

Die Justiz gegen die Presse.

Verdächtiger Eifer gegen Sozialdemokraten.

Der veranwortliche Redakteur unseres Zeiter Parteivorgans, Genosse Bergholz, war wegen eines Preßvergehens zu Gefängnis verurteilt worden. Durch Verfügung des preussischen Justizministers hatte er jedoch zu Beginn dieses Jahres Strafaussetzung erlangen. Diese ist jetzt, einen Monat vor Weihnachten und unmittelbar vor der Wahl, bei der Genosse Bergholz zum Preussischen Landtag sandidiert, widerrufen worden, „da er sich in der Beschränkungsfrist nicht einwandfrei geführt habe“. — Bergholz ist nämlich in einen neuen Preßprozeß verwickelt. Das ist für einen parteieigenen Redakteur, für den Raumburger Richter zuständig sind, nichts Außergewöhnliches. Tatsächlich hat es die Raumburger Justizbehörde fertig gebracht, den Genossen Bergholz am Freitag verhaften zu lassen und ihn dadurch seiner Wahlpropaganda als Landtagskandidat zu entziehen. Dabei war ein neues Gnabengesuch an den preussischen Justizminister gerichtet worden, in dem der Sachverhalt genau dargelegt ist. Das Vorgehen der Straßburger Justizbehörde in Raumburg stellt sich als ein Akt ungewöhnlicher Rücksichtslosigkeit und Härte dar, zumal es sich um ein politisches Vergehen handelt. Das schroffe Vorgehen der Raumburger Justiz erregt um so größeres Aufsehen, als Genosse Bergholz nun auch wieder in diesem Jahr genau wie im vergangenen Jahre unmittelbar vor Weihnachten seiner Familie entzogen wird. Ein solches Verhalten läßt natürlich höchst peinliche Schüsse auf die Objektivität der gegen ihn vorgehenden Justizbehörden zu. Vom preussischen Justizminister muß in diesem Falle erwartet werden, daß er dem rücksichtslosen Vorgehen seiner untergeordneten Instanzen in Raumburg gegen einen sozialdemokratischen Redakteur einen Riegel vorschiebt und die Gerechtigkeit nicht zur Ungerechtigkeit werden läßt.

Einen weiteren Justizskandal hat sich in diesen Tagen ein Leipziger Amtsgericht geleistet. Es verurteilte den verantwortlichen Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, Genossen Karl Böchel, wegen „Beleidigung“ des Leipziger Führers der Völkischen, Rechtsanwalt Dr. Reizer, zu zwei Wochen Gefängnis. Warum?

Am 10. April d. J., kurz nach der Verurteilung Dr. Reizers, war in der „Chemnitzer Volksstimme“ eine Notiz von einer Sitzung des Sozialwissenschaftlichen Klubs erschienen. Diese Notiz war von einem jungen sozialistischen Studenten aus Berlin der „Chemnitzer Volksstimme“ überwiesen worden und beschuldigte Reizer der Astenverbreitung. Auch wurde darin die völkische Verantwortlichkeit gekennzeichnet. Die Notiz war in der Abwesenheit des verantwortlichen Redakteurs Böchel gedruckt worden. Das wurde durch Zeugen bestätigt. Gleichzeitig war der Einsender der Notiz als Zeuge erschienen und beteuerte, daß er der Verfasser war. Rechtsanwalt Gen. Graf beantragte Freisprechung, da weder Leichtfertigkeit noch Fahrlässigkeit vorläge. Das Gericht verurteilte den Redakteur Gen. Böchel jedoch wegen Vergehens nach §§ 20 und 21 des Preßgesetzes zu zwei Wochen Gefängnis und den Kosten.

Kommunistische Hehe.

Wie Lügenmeldungen fabriziert werden.

Freiburg, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Berliner „Rote Fahne“ vom Freitag, den 21. d. M., berichtete, daß Scheidemann in einer Wählerversammlung in Freiburg einen kommunistischen Disfuffionsredner verhaften ließ. Dieser Meldung liegen, wie wohl auch von der „Roten Fahne“ nicht bestritten werden kann, insgesamt folgende vier Telegrammworte zugrunde: „Tittel, Disfuffionsredner Scheidemanns, verhaftet.“ Um aus diesen Worten die obige Meldung ziehen zu können, muß man schon über eine an nichts gebundene Phantasie oder über eine ebenso umgebundene Demagogie verfügen, wie sie in dieser Reinkultur nur in den Redaktionsräumen der „Roten Fahne“ heimisch zu sein scheint. Es ist richtig, daß, wie das Telegramm meldet, in der Freiburger Scheidemann-Versammlung ein kommunistischer Redner verhaftet wurde, dessen Ausführungen weiter anzuhören, nebenbei bemerkt, allerdings 3000 Versammlungsteilnehmer sich spontan weigerten. Richtig ist aber ferner, daß diese Verhaftung, wie sogar von dem schon lange wieder freigegebenen selbst zugegeben werden muß, ohne Zutun irgendeines Mitgliedes der SPD. erfolgte, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Kriminalpolizei in dem Redner einen strobriehlich Verfolgt zu erkennen glaubte. Im übrigen hat der unfreiwillig zum Objektionsobjekt gemachte Kommunist versprochen, der „Roten Fahne“ selbst eine Berichtigung zuzuschicken. Man darf auf deren Abdruck gespannt sein.

Zuchthausanträge des Oberreichsanwalts.

Die Plaidoyers im Freiburger Prozeß.

Freiburg, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Moningsitzung des Staatsgerichtshofes begannen, wie vorgehen, die Plaidoyers der Anklage und der Verteidigung. Zunächst gibt Oberreichsanwalt Dr. Cbermayer eine kurze Darstellung des Sachverhalts der Verbrechen an, die Sprengstoffdiebstähle und der den Parteivorparatungen dienenden Versammlungen. Betont wurde, daß es sich bei der Verbrechen um eine wesentliche wirtschaftliche Bewegung handelte, die erst durch die Führer Herbst und Sod für kommunistische Herrschaftspläne auszuwickeln versucht wurden. An Hand zahlreicher Rundschreiben und Fragebogen der KPD-Zentrale, die im Besitz von Angehörigen gefunden worden waren, beweist dann der Oberreichsanwalt, daß die kommunistischen Parteivorparatungen mehr als nur die Abwehr schätzlicher Angriffe zum Ziele hatten; weshalb würden sonst, führte der Oberreichsanwalt weiter aus, z. B. folgende Sätze in einem von der Partei herausgegebenen Fragebogen sich vorfinden: „Nachtangriff am Blage möglich?“ „Genügen die zur Verfügung stehenden Waffen?“ „Ueberrumpfung der Polizei und Gendarmerie möglich?“ „Mit schätzlicher Gegenwehr zu rechnen?“ Daraus gehe klar hervor, daß die

Hotel Savoy.

Sieben Etagen hat das Hotel Savoy, ein goldenes Wappen und einen luxuriösen Vortier. Aller erdenklicher Komfort, Wasser, Seife, englische Kissen, elektrisches Licht, Stubenmädchen mit weißen Hauben. Und vor allem Bett, wirtliche Betteln mit Daunenseiden. Eine Wunderwelt für den Heimkehrer Dan nach dreijähriger Kriegsgefangenschaft. Säher endlose Wanderung war es, bis er aus Sibirien hier in der großen polnischen Industriestadt eintraf. Und erster Tag und erste Nacht lassen ihm, den früheren westeuropäischen Schriftsteller, jede Sekunde wählgen aufstecken in seinem Zimmer in der sechsten Etage.

Sieben Etagen hat das Hotel Savoy. Die Uhren gehen verschieden in dem großen Hause. Der geheimnisvolle Herr Kologopolos läßt die Zeit für die Reichen rücksichtslos zurückgehen. Unten sind rote Teppiche. Duale Porzellanbretchen statt aufgemalten Kummern. Oben in der sechsten Etage, Gott am nächsten, da hausen die Kermis. Waschlöscher, heimliches Kochen mit Spiritus. Arme Teufel. Der schwindelartige Klonn Sanktich mit seiner hübschigen Frau. Die Tänzerin Sialla, der von dem unheimlichen Hüfthüter Ignaz ein Koffer nach dem anderen gepfändet wird, der Träumer von Botterienummern Hirsch Fisch. Sieben Etagen tief ist die Bar der Frau Jettin Kupfer. Hier treffen sie sich, die Textilfabrikanten, Schieber, Spekulant, Selt! Rodtünze! Borchellbetrie! Die gepfändeten Koffer von oben gehen ihre Bestimmung nach unten. Der Hüfthüter Ignaz macht den Türhüter.

Das Hotel Savoy erwartet Herrn Bloomfield, den Milliardär aus Amerika. Von unten in der Bar bis hoch oben hinauf verknüpfen sich Hoffnungen und Entwürfe mit seinem Kommen. Die ganze grove Industriestadt erwartet ihn. Grünungen. Beteiligungen. Schnorrer. Die gespenstlichen Juden in den alten Oberkassen. Die reichen Juden in dem Villenortel.

Eine unheimlich schmutzige Stadt. Kohlenstaub. Fabrikschornsteine. hölzernen Bürgerliche. Hungernde Bedienter. Warmer flutender Fabrikschorn. Unrat. Trostlos, wenn schräger Regen unaußersächlich niedergeht.

Das Hotel Savoy hat seinen Platz für die Heimkehrer. Die bauen draußen in den Baracken. Immer neu kommen den weißen Weg vom Osten, kriegen Revolutionsfieber mit, Bettelnd, arbeitend, flehend, wie eine Landplage streifen sie ihrer Heimat zu. Heimatlicher Klingen. Verdrängte Sprachen, aber eine Sehnsucht. Sie treffen sich wieder, der Kroat und instinktive häusliche Revolutionär Joannamir und Dan. Beide beherbergt das gleiche Hotel, das noch immer auf Herrn Bloomfield wartet. Im Hotel Savoy ist der reiche Amerikaner eingetroffen. Im Salonauto kam er überraschend an. Bloomfield ist da, das Zaubermot durchläßt die Stadt. Doch kein Geld für industrielle Unternehmen ist knapp. Eine Zugfahrt und ein Kind, das ist alles, was er finanziert. Die streitenden Arbeiter sitzen in den Baracken des Bahnhofs und betrüben sich. Joannamir wagt auf. Heimkehrer, immer mehr Heimkehrer. Wie ein Heuschreckenschwarm. Ueberfüllte Baracken. Dan wird zweiter Sekretär Bloomfields, den nur das Grab seines Vaters nach der Stadt gerieben. Im Hotel ist Hochbetrieb, Musikfesten. Weiber. In betrieblende Armenlichen drängen sich die Hungernden. Und immer

neue Heimkehrer. Inphus bricht aus in der schmutzigen Stadt. Kramolle. Bloomfield verschwindet bei Nacht und Nebel. Aufstand. Die Waise dringt nachts ein. Der Morgen sieht das gefürm'e Hotel in Flammen aufgehen. Militär macht den Tag zur blutigen Tragödie.

Das ist ein kurzer Auszug aus dem ausgezeichneten sozialen Roman „Hotel Savoy“ von Joseph Roth (Berlag Die Schmiede, Berlin), der zu den Romanen gehört, die nachdenklich machen. Bruno Schöniant.

Das Gesicht Amerikas.

In diesem Wintersemester werden an der Berliner Universität unter dem Kapitel „Auslandsstudien“ in einem Zyklus von Vorträgen die Vereinigten Staaten und Kanada, ihre Stellung in der Weltwirtschaft und Weltpolitik, behandelt. Den eröfneten Vortrag hielt Prof. Bonn über das Thema: „Das Gesicht Amerikas“. Es war wie eine feukletonistische Einführung in das Ganze, ein Feuilleton allerdings, in dem ein Forscher mit der Sonde allem auf den Grund geht und zu ergründen versucht, wie alle diese Dinge psychologisch lauten. Ein Werk, nicht belehrt durch wissenschaftliches Rüstzeug, nicht durchsetzt mit langen Zitaten, nicht verbrämt mit diplomatisch-politischen Reflexionen, und doch, oder vielleicht gerade darum, in höchster Vollendung klar und eindeutig. Der Hörer sah das Gesicht Amerikas, wie es wirklich ist.

Prof. Bonn plauderte zunächst mit feinem Humor, der immer lebenswürdig ist und doch satirisch zugespitzt versteht, von der großen Unkenntnis, die in Deutschland über amerikanische Verhältnisse herrscht, eine Unkenntnis, so groß, daß selbst ein hoher deutscher Diplomat vor noch gar nicht langer Zeit nicht einmal wußte, daß es in Amerika nicht nur Republikaner, sondern Republikaner und Demokraten gibt. Prof. Bonn zeichnete dann mit ein paar scharfen Strichen die Uniformität des Landes, in dem alles von mächtiger Größe ist. Er versuchte zu beweisen, warum es in Amerika so uniform ist. Und er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß z. B. demjenigen, der in New York nach dem 1. Oktober, auch wenn der Tag noch so heiß ist, einen Strohhut trägt, der Hut vom Kopf geschlagen wird. Ein kurzer Satz, ein großes Schlaglicht, welches besser als lange Deduktionen die Situation erleuchtet und erkennen läßt. Prof. Bonn verweilte sich sodann über die eigentümliche Stimmung in Amerika, wo alle Farben anders sind als in Deutschland, wo die Wälder keinen Schatten und die Blumen keine Duft zu haben scheinen. Er knüpfte daran die Schilderung einer amerikanischen Landschaft, über und über mit Orangebäumen bepflanzt. Neben jedem dieser Bäumchen steht ein kleiner Dien, um bei Stroh vor Winterkälte zu schützen. Auch dieser kurze Himmels gibt Klarheit und ein vollständig getreues Bild von dem Reizlosen einer solchen Landschaft, die läßt man sie an anderer Stelle, nach hoher Annuit sein würde. Amerika ist das Land der Quantität, sagte Prof. Bonn, alles wird hier nach Mengen bemessen, und selbst die Kirchen Amerikas, ebenso wie die Hotels durchaus uniform, sind anders als die Kirchen anderer Länder, da sie nicht nur Gotteshaus, sondern auch Versammlungsort darstellen. Vom Jahre 1820—1920 sind 33 Millionen Menschen nach Amerika eingewandert, alles war im Fluß, alles drängte weiter, Kultur aus dem Osten wurde auf die Eisenbahn gesetzt und genau ebenso, bis auf das letzte

Komma, im Westen aufgebaut. Prof. Bonn nahm schließlich auch Gelegenheit, kurz auf die moderne Romanliteratur Amerikas hinzuweisen, die, zwar nicht klassisch vollkommen, doch in einzelnen ihrer Bücher ein getreues Spiegelbild gibt von dem Amerika, wie es ist.

Und die Zukunft? fragte Bonn. Die Massen sind heute zum Stillstand gekommen, meinte er. Und nach seiner Ansicht gibt die Zukunft die Möglichkeit der Entwicklung neuer Kräfte. Von der Uniformität fort zum Individualismus, vom harten Transzendentalismus zum weichen Materialismus. Reicher Beschall des übervollen Auditoriums betahnte die geistvollen Ausführungen. Karl Fischer.

Aus den Schätzen des Zaubergebietes. Thomas Mann, heute der populärste der nördlichen Hemisphäre, vollendet soden einen neuen großen Entwicklungsroman. Den „Zauberberg“ nennt er ihn, aber es scheint auch diesmal nicht der Bergzauber eines Halbgeraden den wunderbaren Reiz zu umgängen. Thomas Mann ist mehr als ein Meister der Sprache, er kann als tiefstehender Dichter, als kluger Verstehender seiner Zeit so unendlich viel, daß es gerade den, der ihn liebt, schmerzen muß, wenn er sieht, daß der verehrte Dichter immer mehr zu Jean Paul als zu Goethe hinneigt. Dem in der Zeit nur lose verwurzelten Reihelien mag ein erleichter Jean Paul lieber sein, dem Ringen um ein besseres Heute steht ein erstrebter Goethe näher — wenn einer das Zeug zur Leistung hat, und Mann hat es. Wohlhabt nicht auch er wie jener, der die „Weber“ schrieb?

Im Beethoven-Saal las Thomas Mann aus diesem Roman. Ein ungenügender junger Mensch wohnt in einem Sanatorium auf Danoser Höhe, die ihn in ihrer Abgeschlossenheit zum Zaubergebiet über der offenen Außenwelt wird. Ein Liebesleben und die laufend Imponderabillen solcher „Ferien vom Ich“ ändern alle Zeit- und Wertbegriffe völlig, und etwas von der dadurch erreichten Relativität des Zeitigen kam in dem vorgelesenen Kapitel auch zum Ausdruck. Aber es ist nicht der Zaubergebiet der Menschheit, den Thomas Mann in seinem Heiden Fritz Castorp im Jahre 1924 befehlen hat, sondern es ist nur der Zaubergebiet des Dichters, und wenn er uns auch eine Menge schöner und ausgiebig beschriebener Anklachten schickt, so sind es eben doch nur Anklachten. Immerhin, eine verpstlich schmutzige Beseergemeinde grühte nach dem roht farbenfrohen Vortrag beglückt wieder, und als ich sah, wie ähnlich-selig das hübsche, keine fünfzehnjährige Mädel vor mir, das sich bestimmt schon seit 14 Tagen auf den Abend gefreut hat, über diese der schmerzigen Mädelreden lachte, da konnte ich Ihnen wirklich nicht mehr böse sein, lieber Thomas Mann. Die Dichter haben ja vom lieben Gott d'e Aufgabe, Freude in die Welt zu bringen, aber sehen Sie, Sie sind da zur Vermittlung einer Freude ganz besonderer Art bestimmt worden, und damit knausern Sie bis heute. Werden Sie etwa schon alt? So.

Zweites Jazzkonzert des Beizelsbildungsausschusses in der Philharmonie. Eine schwere Ruh hatte man diesmal den Musikfreunden zu knaden gegeben: „Französische Kammermusik“. Ausgetretene Geister sollten vermeiden werden. Sehr reichhaltig ist die neuere französische Kammermusik nicht und so ergaben sich kaum Werke, die unserem Empfinden offenbar aus verschiedenen Gründen ziemlich fern stehen. Aber man muß bescheiden bekennen, daß das Publikum die Probe weit besser be-

Standrecht über ganz Aegypten!

Freie Hand dem General Allenby — Wird der Völkerbund eingreifen?

Kairo, 24. November. (E.P.) Im ganzen Lande ist das Standrecht verhängt worden.

London, 24. November. (E.P.) Das Kabinett hat unter dem Vorsitz Baldwins über die Antwort auf die Note Jughul Paschas beraten. Es hat beschlossen, neue Instruktionen an Lord Allenby zu richten und ihm für eventuelle militärische Schritte freie Hand zu lassen. Im Kriegsamt wird erklärt, daß ungefähr 15 000 englische Soldaten in Aegypten stehen, im Sudan jedoch nur zwei englische Bataillone. Die Admiralität gibt bekannt, daß die zwei Großkampfschiffe „Iron Duke“ und „Malaya“ nach Alexandria und nach Port Said beordert sind, während ein weiterer Kreuzer und zwei Zerstörer, die augenblicklich an der griechischen Küste kreuzen, in den Suezkanal entsandt werden.

In Kairo herrscht augenblicklich Ruhe. Patrouillen durchstreifen die Stadt. Die Bevölkerung ist noch über die Rapidität bestürzt, in der sich die Ereignisse vollzogen haben. Aus Port-Sudan kommt die Nachricht, daß der Abzug der ägyptischen Truppen bereits begonnen hat.

London, 24. November, abends 8 1/2 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Die Ausweisung der ägyptischen Offiziere und Truppenteile aus dem Sudan ist unmittelbar nach der Ankunft des entsprechenden Befehls des britischen Oberkommissars, noch in der Nacht zum Montag, durchgeführt worden. Die englische Regierung versucht jetzt abzustellen, daß sie das britische Kondominium über den Sudan zugunsten der rein britischen Herrschaft befestigt habe und erklärt lediglich den Sudan von unerwünschten Elementen gefährdet zu haben. Daß durch diese Säuberungsaktion Aegypten praktisch aus dem Sudan ausgeschaltet und damit tatsächlich eine rein englische Kolonie geschaffen worden ist, wofür die dementsprechende Regierung von London natürlich ganz genau.

Das englische Kabinett hat dem Oberkommissar Aegyptens Lord Allenby weitestgehende Vollmachten hinsichtlich der weiteren Aktion in Aegypten gegeben. Ihm ist auch die Gewalt über die militärischen Kräfte Englands in Aegypten übergeben worden, obwohl militärische Autoritäten dagegen Bedenken geäußert haben. Es wird als sicher angesehen, daß die englische Regierung in Aegypten den Belagerungszustand verkünden wird, um verschiedene ägyptische Behörden beiseite und die Post- und Telegraphenämter unter Kontrolle nehmen zu können.

Im Laufe des gestrigen Tages hat sich der schon ohnedies sehr ernste Konflikt zwischen England und Aegypten noch erheblich zugespitzt. Denn der Rücktritt Jughul Paschas, der von den Nationalisten im eigenen Lande als viel zu nachgiebig gegenüber England scharf bekämpft war, ist nicht geeignet, eine Entspannung zu erleichtern. Die militärischen Repressalien, zu denen England jetzt schreitet, weil diejenige Forderung seines Ultimatums nicht erfüllt wurde, die die Unabhängigkeit Aegyptens verlegt hätten, dürften kaum geeignet sein, eine friedliche Lösung zu erleichtern. Hingegen kommt noch die scharfe ablehnende Haltung, die die englischen Kreise im voraus gegen eine etwaige Vermittlungsaktion des Völkerbundes einnehmen. Eine solche Stellungnahme erinnert nur allzu sehr an das veto Mussolinis gegen das Eingreifen des Völkerbundes nach der widerrechtlichen Besetzung von Korsika. Damals stand England an der Spitze der Mächte, die schließlich Italien zum Einlenken zwangen. Ob nun irgendeine Völkerbundsmacht es wagen wird, der Weltmacht Großbritannien zum Trotz die Vermittlung des Völkerbundes dennoch zu beantragen? Ein offizielles französisches Kommuniqué deutet diesen Wunsch an und weist auf den Präzedenzfall von Wilna hin. Aegypten ist zwar noch nicht Mitglied des Völkerbundes, aber es ist ein im völkerrechtlichen Sinne unabhängiger Staat. Der Artikel 17 desselben Status sieht ausdrücklich die Möglichkeit eines Eingreifens vor, wenn ein Konflikt zwischen einem Mitglied und einem Nichtmitglied des Bundes entsteht und eine dritte Macht den Rat zum Eingreifen auffordert. Der Standpunkt Englands, daß es sich hier um eine rein innerenglische Angelegenheit handelt, ist unhaltbar, es sei denn, daß damit zugegeben werden soll, die Unabhängigkeit Aegyptens sei lediglich vorgetäuscht.

England und Aegypten.

Ueber die Entstehung des englisch-ägyptischen Konflikts wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Die am 19. d. M. in Kairo von ägyptischen Fanatikern verübte Ermordung des englischen Oberbefehlshabers (Cirdars) der ägyptischen Armee und des Generalgouverneurs vom Sudan, Sir Lee Stack, hat die englisch-ägyptischen Beziehungen in höchstem Maße verschärft. Die politische Krise im Nilland hat sich durch das englische Ultimatum vom 22. d. M. noch mehr zugespitzt. Das letztere wird dadurch argumentiert, daß Aegypten gegenwärtig in einer „für zivilisierte Völker schmachvollen Weise“ regiert werde und daß auch die letzte Mordtat das natürliche Ergebnis einer Kampagne der Feindseligkeit gegen britische Rechte und britische Untertanen in Aegypten und dem Sudan sei. England macht die ägyptische Regierung für den herbeigeführten Zustand moralisch verantwortlich, welche, meint es, „unfähig oder nicht gewillt sei, das Leben der Ausländer zu schützen“. Die ägyptische Regierung hat nun das Ultimatum abgelehnt, weil es, ägyptischer Auffassung nach, solche Forderungen aufstellt, die „die Unabhängigkeit Aegyptens verletzen“.

Was ist nun das Wesen des englisch-ägyptischen Streites?

England hatte im Monat März 1922 sein Protektorat über Aegypten aufgehoben und es formell als ein unabhängiges Königreich ausgerufen. Die Zustimmung des bisherigen Protektors war jedoch durch derartige Einschränkungen bedingt, daß sie nicht die wirkliche, sondern nur eine scheinbare Unabhängigkeit Aegyptens zur Folge haben konnte. Die genannten Einschränkungen waren: 1. Trotz Proklamation der ägyptischen Unabhängigkeit sollten doch in Aegypten weiter englische Garnisonen bleiben. 2. Auch der Suezkanal bleibt ausschließlich unter englischem Schutz. 3. Der Sudan werde nicht als ein Teil Aegyptens, sondern als ein englisch-ägyptisches Kondominium betrachtet. 4. Finanzielle und juristische Ratgeber (Engländer) werden in Aegypten weiter betrautet. 5. Auch der Schutz der Fremden und der nationalen Minderheiten in Aegypten wird als englisches Vorrrecht betrachtet. Weiter, eine am 15. März 1922 an die Mächte versandte Note besagt ausdrücklich, daß auch zukünftig jedwede fremde Einmischung in die inneren ägyptischen Angelegenheiten als eine gegen England gerichtete Maßnahme betrachtet würde. Damit hatte England zugleich „die Verpflichtung“ übernommen, Aegypten gegen alle Angriffe von außen zu schützen.

Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß England auch nach der Deklaration von 1922 Aegypten weiter als eine seiner Kolonien betrachtet. Die englische Kolonialpolitik in Aegypten hat keinen größeren Unterschied von derjenigen in den anderen Kolonien. Seitdem Aegypten unter die englische Herrschaft gekommen ist, wird sein Wirtschaftsleben ausschließlich nach den Interessen des Metropols und dem Bedarf der englischen Textilindustrie entwickelt. Der weitaus größte Teil des bebauten Bodens (im ganzen nur 33 000 Quadratkilometer) in Aegypten ist für die Kultur der Baumwolle bestimmt, die eben die englischen Industriellen brauchen.

Wie englischerseits die ausschließliche Baumwollkultur in Aegypten künstlich gefördert wird, so wird auch in derselben Weise die Kultur der Getreide und anderer Pflanzungen vernachlässigt und vielfach auch direkt verhindert. Aegypten, welches schon seit uralten Zeiten als eine der Kornkammern der Welt bekannt war, ist gegenwärtig selbst auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen. Bei einer eventuellen Missernte der Baumwolle — wie es z. B. 1919 der Fall war — verfällt das ägyptische Volk unlogbarem Elend und Hunger.

Die englische Kolonialpolitik in Aegypten hat sich auch in der Richtung ausgezeichnet, daß sie die in Aegypten seit jeher bekannte Tabakultur vernichtete und im Gegenteil die Tabakindustrie (meist fremde Unternehmungen) gefördert und unter ihren Schutz genommen hat. Die ägyptische Tabakindustrie ist jedoch auf fremden — griechischen und türkischen — Rohstoff angewiesen.

Was noch mehr in englisch-ägyptischen Beziehungen von Belang ist, ist die Frage des Suezkanals, der ja der Hauptnerve der britischen Weltwirtschaft und Weltpolitik ist. Deswegen ist es vom englischen Standpunkte aus sehr begreiflich, daß England den Suezkanal oder „den künstlichen Bosporus“, diesen Hauptverkehrswege zwischen dem Metropol und den Kolonien, auch weiter unter seinem Schutz behalten will. Sowohl an Zahl der Schiffe als auch an dem Gewicht der Lonnage steht England an erster Stelle in dem Schiffsverkehr im Suezkanal, und zwar mit zwei Drittel der Gesamtzahl. Der Schiffsverkehr im Suezkanal verzeichnet jährlich im Durchschnitt 6000 Dampfer mit ca. 20 Millionen Tonnen und 100 Millionen Goldmark Einnahmen.

Sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Bedeutung des Suezkanals für England hat sich nach dem Kriege vielleicht noch erhöht. Neue Völker und neue Länder sind seitdem unter das britische Joch gebracht worden; die Engländer glauben, Aegypten und Suezkanal zur Befestigung ihrer Oberhoheit nicht entbehren zu können. Deswegen wurde auch vor zwei Monaten der Vorschlag Jughul Paschas in London, den er der Regierung Macdonald machte, den Schutz des Suezkanals dem Völkerbunde zu übertragen, ohne weiteres zurückgewiesen. In dieser Hinsicht sind also auch alle englischen Parteien einig.

Auch die Sudanfrage ist mit den englisch-ägyptischen Beziehungen eng verbunden. Dieses Land, welches viel größer (2 630 500 Quadratkilometer) als Aegypten ist, aber nicht einmal 6 Millionen Einwohner zählt, liegt an dem oberen Nil und ist auch gerade deswegen eng mit Aegypten verbunden. Aegypten liegt ja vom Nil, welcher dem Sudangebiet entspringt, über Sudan beherrscht, hat auch sowohl das wirtschaftliche als auch politische Schicksal Aegyptens in seinen Händen. Eben deswegen hat auch England jetzt den Befehl zur Annexionierung Sudans erlassen, um auf diese Weise einen um so nachdrücklicheren Einfluß auf Aegypten ausüben zu können.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Die schwedische Antwort auf das deutsche Memorandum.

Die Antwort der schwedischen Regierung auf das Memorandum der Reichsregierung über den Beitritt Deutschlands in den Völkerbund vom 29. September d. J. ist nunmehr hier eingegangen. In ihrer Antwort gibt die schwedische Regierung der Auffassung Ausdruck, daß Deutschland in der Organisation des Völkerbundes dieselbe Stellung erhalten solle, wie die übrigen Großmächte, und sie erklärt sich bereit, dahin zu wirken, daß vom Völkerbundrat bzw. der Völkerbundernennung entsprechende Maßnahmen getroffen werden, damit Deutschland sofort einen ständigen Ratsitz erhalte. Die schwedische Regierung hält es für kaum vereinbar mit der Bundesfassung und ihren Grundfragen, daß Deutschland mit einem Vorbehalt bezüglich wichtiger Verpflichtungen aus Artikel 16 eintrete. Sie gibt dagegen der Meinung Ausdruck, es sei mit Artikel 16 nicht vereinbar, daß bei der Ausführung von Sanktionen Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, namentlich die deutsche Rüstungsbeschränkung, genommen werde, und spricht die Hoffnung aus, daß die deutsche Regierung den Artikel 16 nicht als ein Hindernis für den Eintritt empfinden werde.

Neues Bombenattentat in Budapest.

Die Völkischen als Bombenwerfer.

Budapest, 24. November. (U.) Auf Volkzeihauptmann Schweiniger, der die Voruntersuchung gegen die „Erwachenden Ungarn“ leitete und mehrere der Angeklagten zu einem Geständnis gebracht hat, ist heute ein Bombenattentat verübt worden. In einem hiesigen Fleischerladen erschienen drei junge Leute und forderten den Fleischergehilfen auf, Dr. Schweiniger ein Paket zu überbringen. Dem Gehilfen kam das Paket verdächtig vor, und er ließ es auf der Polizei untersuchen, wo als Inhalt eine gefährliche Granatbombe festgestellt wurde. Der Polizei ist bekannt geworden, daß die „Erwachenden“ mit allen Mitteln versuchen wollen, die verhafteten Bombenwerfer zu befreien. Entsprechende Gegenmaßnahmen sind getroffen.

Der sterbende Faschismus.

Mussolini auf dem Rückzuge.

Rom, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommentare der Oppositionspresse zu der Rede, die Mussolini Sonnabend abend hielt, kennzeichnen die zurückhaltende Sprache des Diktators gegenüber seinen früheren starken Worten. „Giornale d'Italia“ schreibt u. a.: Für einen Mann, der es noch vor wenigen Monaten für sich besonderes Recht hielt, keinerlei Not anzunehmen und stolz über seine Hofierung war, muß es nicht leicht gewesen sein, sich am Sonnabend so zu unterwerfen. Wie hat sich die extrem faschistische Sprache geändert! Bis vor wenigen Tagen war die Lösung des Tages: Ich pfeife drauf! Sonnabend aber lautete sie: Ich werde brav sein! Ein charakteristischer Vorfall ereignete sich gestern. An der Stelle, wo Rattotti von seinen Mördern getraubt wurde, gegen Jungsozialisten rote Kerzen nieder. Darauf erschienen die Polizei, die die Blumen konfiszierte und vernichtete. Sie erklärte, daß sie zu ihrem Vorgehen strikten Befehl erhalten hatte.

kommunistische Bewegung ihr Ziel auf gewalttätigem Wege zu erreichen suchte. Der Oberreichsanwalt schloß seine fast einstündigen Ausführungen mit dem Hinweis, daß man bei der Bemessung der Strafen der Angeklagten zwischen Führern und Verführten zu unterscheiden habe und überläßt dann seinem Vertreter, Staatsanwaltstaatsrat Dr. Besser, das Wort zur Begründung der einzelnen Strafanträge. Die Oberreichsanwaltschaft beantragt: für Joh. Steiner 8 Jahre Zuchthaus (10 Monate verbüßt), Edmund Rummels 7 Jahre Zuchthaus (11 Monate verbüßt), Gotthilf Frig 6 Jahre Zuchthaus (11 Monate verbüßt), Gustav Weisberger 5 1/2 Jahre Zuchthaus (2 Monate verbüßt), Richard Bachmann 6 Jahre Zuchthaus (11 Monate verbüßt), Otto Kohlbrenner 5 1/2 Jahre Zuchthaus (11 Monate verbüßt), Johann Scheffel 4 Jahre Zuchthaus (11 Monate verbüßt), Ludwig Hermann Herberster, Rudolf Langendorf, Max Buche, Hans Grimm und Ludwig Roth je 3 Jahre Zuchthaus (9 bzw. 10 Monate verbüßt). Die Freisprechung wurde für vier Angeklagte beantragt, darunter für den Unterlehrer Köberle. Die Strafanträge für die übrigen Angeklagten lauten auf 4 Monate bis 2 Jahre Gefängnis bzw. 4 Monate bis 1 1/2 Jahre Zuchthaus. Die bereits früher wegen Waffenbesitzes verhängten Strafen sollen zum großen Teil als verbüßt gelten. Die hohen Zuchthausstrafen werden auf Grund des § 6 des Sprengstoffgesetzes beantragt, das eine Mindeststrafe von 3 Jahren vorsieht. Alle anderen Anträge auf Zuchthausstrafe ruhen auf der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat und des Verbrechens gegen das Republik-Schutzgesetz.

In der um 4 Uhr beginnenden Nachmittags-Sitzung hält der kommunistische Verteidiger Dr. Seckel sein Plädoyer. Er plädiert allgemein auf Freisprechung.

Die Maßregelung Trozki's.

Moskau, 24. November. (DE.) Die Entschließung des Moskauer Komitees der kommunistischen Partei Rußlands gegen Trozki ist im Sinne der kommunistischen Parteipolitik als ein sehr wichtiger Schritt zu betrachten. Sie ist auf Initiative der maßgebenden Parteiführer Stalin, Kamenev und Sinowjew gefaßt worden. Die Entschließung verlangt, daß das Zentralkomitee sich mit dem Fall Trozki befassen soll. Der 13. Kongreß der K.P.R. im Mai d. J. hat befaßlicht aus Urfaß des vorausgegangenen Konflikts und als Drohung gegen Trozki und die führenden Mitglieder der Opposition die Veröffentlichung einer Bestimmung über die Ausschließung von Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei beschlossen. Danach ist über eine solche vom Zentralkomitee unter Hinzuziehung der Zentralkontrollkommission zu entscheiden. Das plötzliche Wiederaufleben des Streites um Trozki und die Möglichkeit seines Ausschlusses aus der Partei schaffen vom kommunistischen Standpunkt aus zweifellos eine Lage, über deren Ernst die Partei sich klar ist. Würde es doch selbst in dem verflochtenen Parteifreie auch von Trozki's Gegnern anerkannt, daß er seit Lenins Tode derjenige unter den Parteiführern sei, der am meisten Autorität unter den Massen der Partei genießt. Deshalb wurde damals die Ausschließung mit Trozki als eine „Frage über Leben und Tod der Partei“ bezeichnet. Die weiteren Folgen des neuen Konflikts sind noch nicht zu übersehen. Es ist jedenfalls dafür gesorgt worden, daß die wichtigsten Posten in der Partei von mehrheitsgetreueren Persönlichkeiten eingenommen werden. Die Einschätzung der momentanen Persönlichkeit Trozki's bei der großen Masse der Parteimitglieder dürfte sich jedenfalls bisher nicht geändert haben.

Dr. Eckener in Berlin.

Dr. Eckener ist gestern nacht um 11 Uhr — von Bremen kommend — in Berlin eingetroffen. Die Abfahrt von Bremen erfolgte um 3 1/2 Uhr nachmittags per Auto; sie verdrückte sich durch starken Nebel, wodurch die Fahrt einen wesentlichen Rückschlag erfuhr. Die Ankunft erfolgte ganz unbemerkt. Dr. Eckener ist am Kurfürstendamm in der Zeppelin-Gesellschaft abgestiegen, die für ihn reservierten Zimmer waren für seinen Empfang mit Blumen festlich geschmückt.

Handen hat als vielleicht unsern. Ein Strichquartier von Kavel ist von der äußersten heutigen Fortschrittswelt. Pfeffer und Salz, pikante Sauce und delikate Zutaten in Hülle und Fülle. Aber leider entspricht der Inhalt, das Fleisch nicht ganz dieser anspruchsvollen Aufmachung. Es bietet zu wenig hasten. „L'art pour l'art“, d. h. „Die Kunst für den engen Kreis der verstehenden Fachgenossen“, ist Kavel's Devise, die jeder Populartät auch im guten Sinne im Wege steht. Aber so geliebt, wie von dem hervorragenden Hagemann-Quartier, bietet das lapidäre Werk doch viel Interessantes, Anregendes. Beinahe das Gegenteil ist das einstmals (vor circa zwanzig, dreißig Jahren) so berühmte Kavierviertel von César Front. Hier ist klassische Ruhe und Ebenmaß, mehr als uns lieb ist. Es ist schön, gebaltvolle Musik. Aber eigentlich schwerfällig in der Form. An die berühmte Geigennote, die wohl in hundert Jahren noch lebendig sein wird, reicht sie nicht entfernt heran. Das Hagemann-Quartier (das wieder vorzüglich spielte) und Richard Köhler interpretieren das Werk aufs Beste. Dem bekannten Pianisten hätte man allerdings einerseits mehr Führertalent und doch wieder mehr Leichtigkeit wünschen mögen. In der Mitte des Programms standen vier Vieder von Hector Berlioz. Eigentümliche Gebilde. So nahm hat dieser wieder, ungebändigte Romantiker mit der Höhenmähne (nicht nur äußerlich) schreiben können? Beinahe unmöglich. Seine Vieder von Arten in manchen seiner dramatischen Werke haben jedenfalls einen ganz anderen Stempel. Aber zum genussvoller Ausruhen zwischen den zwei schweren Kammermusikwerken war es immerhin lange gut genug. Nur hätten sie eine Interpretin überhöhter Reife verlangt, welche die poor dürftigen Akzente und einzelnen Ansätze zu dem besten Atem Berlioz'scher Akrobaten auch richtig herausgefunden hätte. Dazu ist Fräulein Hildegard Hennede, die mit ihrer jugendlichen Stimme sicher manderlei erreichen wird, noch zu jung.

Auch ein Trost. Der kürzlich verstorbenen französischen Komponist Gabriel Faure hat zu Bedenken stets ein warmes Mitleid für die um Anerkennung ringenden musikalischen Anfänger bewiesen, ohne ihnen indessen besondere Konzessionen zu machen. Eines Tages empfing er den Besuch eines jungen Musikers, der ihm die Partitur seiner Werke vorlegte und dem Meister einige Stücke am Flügel vorspielte. Als er beendet hatte, fragte Faure zum großen Erstaunen der Anwesenden, der auf ein Lob oder eine Kritik gewartet hatte: „Sind Sie reich?“ — „Samohl, Meister.“ — „Nun, dann möchte ich Ihnen den Rat geben, die Musik Musik sein zu lassen. Sie haben keine Spur von Veranlagung. Sie sind jung und reich und können auf anderem Gebiet Ihr Glück machen!“ — In verzweifelter Stimmung verabschiedete sich der junge Mensch. Er war noch auf der Treppe, als ihn Faure zurückrufen ließ. „Sie müssen wissen“, sagte er zu ihm, „als ich so alt war wie Sie, hat man mir genau dasselbe gesagt.“

Der Herr Ernst Hildebrand, ein in früheren Jahrzehnten gelebter Berliner Maler, ist 91 Jahre alt, gestorben. Die Nationalgalerie besitzt sein Hauptwerk „Die Königin Luise auf der Flucht nach Rom“.

Gustav Kadel als Dramatiker. Der Präsident der Deutschen Bühnengenossenschaft Gustav Kadel hat einen Schwan! „Der Glücksfall“ geschrieben, der am Gubener Stadttheater mit großem Erfolg aufgeführt wurde. Der „Glücksfall“ soll auch am Staatlichen Schiller-Theater in Berlin gespielt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Polen will bedingt ratifizieren.

Dem polnischen Ministerialrat ist von den zuständigen Ministern ein Gesetzentwurf über die bedingte Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens vorgelegt worden. Die Ratifizierung durch Polen soll, dem „Ost-Express“ zufolge, von einer vorherigen Ratifizierung durch Frankreich, England, Deutschland und Belgien abhängig gemacht werden. Die gegenwärtige polnische Gesetzgebung sieht eine 46stündige Arbeitswoche vor, ist mithin weitgehender, als das Washingtoner Abkommen, das eine 48stündige Woche festlegt.

Die Ratifizierung, somit die internationale Festlegung des Achtstundentages hängt jetzt ausschließlich von Deutschland ab. Ob Deutschland aber ratifizieren wird, darüber wird der 7. Dezember entscheidend. Arbeiter, Angestellte, denkt daran, nuht die letzten zwei Wochen und werbt für die Sozialdemokratie!

Lohnerhöhung für die Reichsarbeiter.

Wie uns vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mitgeteilt wird, kamen gestern nachmittag im Reichsfinanzministerium die Lohnverhandlungen für die Betriebs- und Verwaltungsarbeiter zum Abschluss. Die Lohnerhöhung beträgt ab 18. November zwischen 9 und 12 Proz.

Vor einem Großkampf im Bergbau.

Bochum, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Kennzeichen für die Zuspitzung in der Lohnkrise im Bergbau sind folgende Ausführungen des offiziellen Organs des Deutschen Bergarbeiterverbandes, der „Bergarbeiterzeitung“:

Das deutsche Wirtschaftsleben steht am Vorabend schwerer sozialpolitischer Entscheidungskämpfe. Die katastrophale Preispolitik der letzten Zeit, die Ohnmacht der verantwortlichen Regierungsstellen gegenüber einem äußerst raffinierten Gaunertum kapitalistischer Zwischenhändlergruppen und die Preisabwärtigungspolitik gewisser Wirtschaftskreise trieben die Lebenshaltungskosten für die Arbeiterschaft in schwindende Höhe. Der Reallohn der Lohn- und Gehaltsempfänger sank tiefer und tiefer. Dieser Zustand hat für die Arbeiterschaft eine geradezu unerträgliche Lage geschaffen. Da alle von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen zum Abbau der Preise an den tausenden Widerständen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung scheiterten, blieb der Arbeitern kein anderer Weg übrig als die Forderung nach Anpassung der Löhne an die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung. Die Lohnforderungen der Bergarbeiterverbände in einer durchschnittlichen Höhe von 20 Proz. (der Reallohn ist demgegenüber um mindestens 30 Proz. gesunken) werden überall radikal abgelehnt. Die Entscheidung ist vorläufig in die Hände der staatlichen Schlichtungsinstanzen gelegt. Hinter diesen Schlichtungsbehörden steht der Einfluss der Regierung und gewisser Dunkelmänner, um die endgültige Entscheidung möglichst hinauszuzögern. Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes werden mit allen Mitteln eine Verschleppung dieser Frage durch die bürokratischen Schlichtungsinstanzen des Reiches zu verhindern wissen. Die gewerkschaftlichen Vertreter der Bergarbeiter geben sich gar keine Illusionen hin. Sie wissen, daß die Besserstellung der Bergarbeiter gegen den Willen der Unternehmenseerzwingungen werden muß. Es wird Aufgabe der Bergarbeiterverbände sein, die Unternehmensebestrebungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zurückzuweisen, zumal die sozialen Auseinandersetzungen vor den Zeichenkapitalisten geradezu herausgefordert werden.

Die Lohnverhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau fanden am Montag abend durch einen Schiedsspruch ihren vorläufigen Abschluss. Die Verhandlungen haben ihre Barockseite. Am 27. Oktober verhandelten die Parteien über Lohnerhöhungen ab 1. Oktober 1924. Eine Einigung kam jedoch nicht zustande. Die Parteien vereinbarten, den Schlichter, d. h. das Reichsarbeitsministerium anzurufen und im Schlichtungsausschuß am 6. November 1924 in Berlin im Reichsarbeitsministerium weiter zu verhandeln. Das Arbeitsministerium setzte Verhandlungen zum 5. November 1924 an. Mit der Gewißheit, daß die Lohnfrage nunmehr am 5. November 1924 entschieden werden würde, gingen die Arbeitnehmervertreter zur Verhandlung. Die Ueberrachung erfolgte jedoch in der am 5. November stattgefundenen Verhandlung. Die Arbeitgeber erklärten sich mit dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums, die Verhandlungen bis zum 24. November zu vertagen, einverstanden. Was hat das Reichsarbeitsministerium zu diesem Schritt veranlaßt? Nach Mitteilung des Herrn Dr. Bühner, Generaldirektor der Buzlag, haben die Vereinigten Arbeitgeberverbände eine Eingabe an das Reichsabinett gerichtet, nach der das Reichsarbeitsministerium unter keinen Umständen Lohnerhöhungen für den Bergbau gewähren dürfe. Vor dieser Eingabe hat das Reichsarbeitsministerium akzeptiert. Es verschleppte die Verhandlungen zunächst vom 5. auf den 24. November und gewährte „Lohnerhöhungen“ für das Rennrevier in Höhe von 21 Pf. pro Schicht, für die Randreviere in Höhe von 3 bis 8 Pf.; dafür kürzte es den Arbeitern in einem Randrevier den Lohn von 3,66 auf 3,52 M. Das ist eine Verhöhnung der Bergarbeiter.

Die neuen Lohnsteuerermäßigungen.

Künftig wird mitgeteilt: Durch die zweite Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuerermäßigungen, sind die Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 ab in einigen wesentlichen Punkten geändert worden. Der steuerfreie Lohnbetrag, der bisher 50 M. monatlich (12 M. wöchentlich usw.) betrug, ist auf 60 M. monatlich (15 M. wöchentlich, 2,50 M. täglich, 0,60 M. zweistündlich) erhöht worden. Neu ist die Bestimmung, daß Steuerabzugsbeträge von nicht mehr als 0,80 M. monatlich (0,20 M. wöchentlich) nicht erhoben werden. Beispiel: Ein verheirateter Arbeitnehmer

Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für Dezember noch nicht vorgenommen haben, müssen sofort das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

mit zwei minderjährigen Kindern erhält für die Lohnwoche vom 5. bis zum 11. Dezember am 12. Dezember 1924 einen Lohn von 42 M. ausgezahlt. Dann sind als Steuer einzubehalten: 7 v. H. von 42 - 15 = 27 = 1,89 M., abgerundet 1,85 M. Würde ein solcher Steuerpflichtiger nur 17 M. Wochenlohn erhalten, so wären an sich einzubehalten: 7 v. H. von 17 - 15 = 2 = 0,14, abgerundet 0,10 M.; dieser Betrag bleibt unerhoben, da er 0,20 M. nicht übersteigt. Die Einzelheiten der neuen Regelung ergeben sich aus einem Merkblatt, das bei den Finanzämtern unentgeltlich abgeholt werden kann.

Die Lüge als oberster Grundsatz.

Das Berliner Kopfbild der „Pravda“ bemüht sich in einem langen Artikel, den Eindruck unserer Zitate bolschewistischer Kirchenheilige über den Sinn und Zweck der „Einigung“ zu verwischen. Gleichzeitig versucht sie auch Genossen Dudgeest zu antworten. Dabei kommt es ihr natürlich auf einige Lügen nicht an. So schreibt sie u. a., daß die Bedingung, der russische Gewerkschaftsbund soll darauf verzichten, kommunistische Zellen in den Organisationen der verschiedenen Länder zu errichten, vollkommen annehmbar sei, denn der russische Gewerkschaftsbund „hat das bisher nicht getan und wird es auch weiter nicht tun“.

Das ist eine so faulstichliche Lüge, daß sie selbst bei der Berliner „Pravda“ auffällt. Wir erinnern nur an folgende Tatsache. Der russische Bauarbeiterverband unterhält ein internationales Propagandakomitee mit Filialen in den wichtigsten europäischen Ländern, dessen Aufgabe es ist, überall Zellen zu bilden und die Amsterdamer Verbände zu bekämpfen. Der internationale Bauarbeiterkongress, der vor zwei Jahren in Wien stattfand, war bereit, einem Aufnahmegesuch der Russen näherzutreten, wenn dieses Komitee aufgelöst und die Zellenbildung eingestellt würden. Das versprachen die Russen. Trotzdem ging der Krieg gegen die Amsterdamer Gewerkschaften weiter. Der internationale Bauarbeiterkongress, der im Juni in Stockholm stattfand, sah sich deshalb unter ausdrücklichem Hinweis auf den Bruch des gegebenen Versprechens genötigt, das Aufnahmegesuch der Russen abzulehnen. Und mit solchen Leuten, die uns ausdrücklich als ihre Hauptfeinde erklären und hinzufügen, daß sie uns abschließen wollen, sobald sie die Mehrheit haben, sollen wir uns „einigen“.

Kraftfahrer und Kutscher zur Verkehrsordnung.

Am 20. November beschäftigte sich eine vom Deutschen Verkehrsbund einberufene Massenversammlung der Kraftfahrer und Kutscher mit der neuen Verkehrsordnung und mit den übermäßig hohen Strafen bei Vergehen und Übertretungen der Straßenpolizeiverordnung. Nach einem Referat des Verbandsschritts und Ausführungen des Ortsbevollmächtigten Ortman wurde die nachfolgende Entschließung angenommen:

„Die Versammelten halten eine Neuregelung des gewaltig gestiegenen Verkehrs für unbedingt notwendig. Die vom Polizeipräsidium herausgegebene Verordnung betr. Neuregelung des Berliner Straßenverkehrs, die in der vorliegenden Fassung zu stärksten Befürchtungen Veranlassung gibt, bedeutet jedoch eine vollständige Umwälzung der bisherigen Verkehrsverordnungen. Die Beseitigung der neuen Verkehrsordnung allein bedingt eine längere Uebergangszeit, um ihre evtl. Durchführbarkeit zu erproben. — Nach den bisherigen Erfahrungen der Berufskraftfahrer und Fahrzeuglenker befürchten diese, daß eine so gründliche Ueberarbeitung aller bisherigen Vorschriften und ihr baldiges Inkrafttreten geeignet erscheint, die schon seit längerer Zeit übermäßigen Bestrafungen von Kraftfahrern und Fahrzeugführern noch um ein beträchtliches zu vermehren.“

Die Versammelten beauftragten den Deutschen Verkehrsbund, bei den Behörden vorstellig zu werden und zu erwirken, daß die neue Verkehrsordnung in ihrer vorliegenden Form nicht Gesetzeskraft erlangt, sondern vorher alle Interessentenorganisationen zur Mitberatung herangezogen werden.

Des weitern beauftragt die Versammlung den Deutschen Verkehrsbund, wegen der äußerst hohen hohen Polizeistrafen, die in keinem Verhältnis zu dem Einkommen der Bestraften stehen, bei den Behörden weiter dahin zu wirken, daß nur in Fällen

tariflichen Verschuldens eine den wirtschaftlichen Verhältnissen angemessene Bestrafung erfolgt.“

Schon vorher waren von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Verkehrsbundes entsprechende Eingaben an die Behörden gemacht worden. Eine Auseinandersetzung zwischen Vertretern des Deutschen Verkehrsbundes und des Polizeiverbandes für das Kraftfahrzeuggewerbe mit dem Verkehrsdezernenten Regierungsdirektor Dr. Wosle sowie dem Leiter der Hauptverkehrsstelle Regierungsrat Dr. Hen am 21. November beschäftigte sich hauptsächlich mit den Bestrafungen bei nicht genügender Beleuchtung des hinteren Erkennungszeichens und bei starker Rauchentwicklung des Motors. Es wurde, wie Ortman berichtete, zugesagt, von einer Bestrafung des Führers zukünftig in genannten Fällen abzusehen (bisher wurden 30 bis 50 M. Strafe verhängt), dafür aber die beanstandeten Wagen nach der Hauptverkehrsstelle zur Prüfung der Beleuchtung resp. des Motors zu beordern. Diese neue Methode bietet die Gewähr, daß hierdurch dem Uebel an die Wurzel gegangen und erreicht wird, daß die Fahrzeughalter mehr als bisher darauf achten, ihre Fahrzeuge in tadelloser Ordnung zu halten. Auswüchse im Verkehr sollen nach wie vor bekämpft werden. Wir gehen mit den Behörden darin völlig einig, sagte Ortman, daß festgestellte Trunkenheit im Dienst oder der Verfall, sich nach einem Unfall durch Flucht der Feststellung zu entziehen, mit schweren Strafen geahndet werden müssen. Wir haben aber nicht verfehlt, auf urkere alten Forderungen zu verweisen: bessere und gründlichere Ausbildung der Fahrer in Fahr- und Hochschulen und Herabsetzung der Altersgrenze für Kraftwagenfahrer auf 21 Jahre.

Noch immer Differenzen bei den Töpfern.

Wie bekannt, hatte der Schlichtungsausschuß bezüglich der Lohn-differenzen im Töpfergewerbe einen Schiedsspruch gefällt, der 120 M. Stundenlohn, bzw. 110 Proz. der Akkordsätze, außerdem eine Handwerkszeugentschädigung von 2 1/2 Proz. des Tariflohnes vorsah. Die Töpfer lehnten in einer Versammlung diesen Schiedsspruch ab und erklärten sich schließlich einverstanden, um einen Streit zu vermeiden, über den Winter hinaus die vorgeschlagenen Sätze anzunehmen. Die Töpfermeister dagegen lehnten den Schiedsspruch ab. Beim Schlichter für Groß-Berlin wurde die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt. Die Vorverhandlungen verliefen nach 5stündiger Dauer ergebnislos. Von den Arbeitgeberern war vorgeschlagen 1,15 M. Stundenlohn bzw. 105 Proz. des Akkordtarifes und 2 1/2 Proz. des Tariflohnes als Handwerkszeugentschädigung. Die Vertreter des Bauergewerksbundes konnten dem nicht zustimmen, da kurz vorher die Fachgruppenversammlung den höheren Schiedsspruch abgelehnt hatte. Eine neue Fachgruppenversammlung am vorigen Freitag beschäftigte sich mit der Lage der Dinge. Nach äußerst erregter Debatte und nachdem festgestellt war, daß die Sonditalisten unter keinen Umständen in den Streit treten, wurde die Versammlung bis zum Mittwoch vertagt (siehe Vereinskalendar).

Mit welchen Mitteln die Unternehmer arbeiten, beweist ein Artikel in Nr. 46 der „Baumwelt“. Es wird dort behauptet, daß die Töpfer beinahe den doppelten Friedenslohn erreicht hätten. In Wirklichkeit betrug der Stundenlohn im Töpfergewerbe schon seit Jahrzehnten 1 M. und die Akkordsätze des heutigen Tarifes weichen nur ganz unwesentlich von den Friedenssätzen ab. Bei den vorgeschlagenen Sätzen der Arbeitgeber würden also höchstens 5 bis 10 Proz. über dem Friedensstand erreicht werden. Wenn die Löhne der Dfenseher — wie der Bauarbeiter im allgemeinen — etwas über dem Durchschnitt der anderen Arbeiter stehen, so ist das berechtigt. Die Bauarbeiter, insbesondere die Dfenseher, haben mit wochenlanger Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der organisierten Mitglieder der Fachgruppe der Töpfer betrug in den Jahren 1918 bis jetzt 28 bis 30 Wochen im Jahre. Dies zur Feststellung des Artikels in der „Baumwelt“.

SPD.-Bausarbeiter, Oberbezirk Nachmaterial abholen gleich nach Feierabend ab Dienstag, den 24. November, im Lokal Schwaner, Gabriel-Weg-Str. 17, am Rindfleischplatz. Die Bezirke: Nordhafen und Dilen 1 bei Prater, Weidenweg 85, ebenfalls Material abholen. Der Verbandsauschuß.

SPD.-Metallarbeiter der Söden-Bezirke (8-10) Donnerstag nachmittags 5 Uhr im Gemeindefeichhaus, Engelauer 24-25 (Saal 3), sehr wichtige Besprechung aller SPD.-Genossen. Jeder Betrieb muß unbedingt vertreten sein. Sympathisierende können durch Genossen eingeführt werden. Der Fraktionsvorschuß.

SPD.-Metallarbeiter der Söden-Bezirke (8-10) Donnerstag nachmittags 5 Uhr bei Frick, Franzheimers Straße, wichtige Versammlung aller SPD.-Genossen. Erscheinen aller dringend notwendig. Der Fraktionsvorschuß.

UFA-Funktionäre der Metallindustrie.

Freitag, den 22. November, abends 7 1/2 Uhr, Ruffertstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, allgemeine Funktionärenversammlung. „Erläuterung zum Antrag des UFA zum neuen Rahmen-(Leistung-) Tarifvertrag.“ Die Mitglieder des UFA-Metall-Partei treffen sich bereits abends 6 Uhr im Spielhof der Ruffertstraße zu einer Vorbereitungsversammlung. Bei der Wahlzeit der Beschlüsse darf kein UFA-Funktionär fehlen. Die für den 20. November vorgerechneten UFA-Konferenzen fallen infolge der veränderten Situation aus. Nähere Mitteilung in der Versammlung. UFA-Metallpartei, Günther, Lange, Reife.

Deutscher Bauergewerksbund, Fachgruppe der Töpfer. Fortsetzung der Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 20. November, nachmittags 5 1/2 Uhr, in den Rindfleischplätzen, Rindfleischplatz 31. Die Kollegen müssen alle erscheinen, da die Beschlüsse über die Lohnbewegung in dieser Versammlung eine endgültige sein wird. Die Fachgruppenleitung.

Verantwortlich für Politik: Gustav Reuter; Wirtschaft: Walter Caternus; Gemeindefeichbewegung: J. Seiner; Funktionäre: Dr. John Schifonoff; Solales und Sozial: Felix Karst; Anzeigen: H. Giese; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Distanz 2 Beilagen.

Feldmannsburg Qualitäts-Zigarette!
Sophien-Säle Sophienstraße 17-18. Säle frei!
Norden 9296.

Ein neuer Stern, die große **3-9** Zigarette
in der bekannten Packung **die Tänzerin**
Georg A. Jasmatzi Akt. Ges. DRESDEN-A.21



Das Jubiläum des Aluminiums.

Das Aluminium feiert in diesem Jahre seinen hundertsten Geburtstag. Mit diesem Alter kann man es ruhig als den Jüngling unter den Metallen bezeichnen. Die Geschichte der meistverwendeten Metalle ist eigentlich auch eine Geschichte der menschlichen Kultur, fast alle sind schon lange vor der geschichtlichen Zeit bekannt gewesen. Das aber ein neu entdecktes Metall den altbekannten mit Erfolg den Rang streitig macht, sie an Vielfaltigkeit und Umfang der Verwendung erreicht, teilweise sogar übertrifft, ist in keinem anderen Falle dagewesen. Hat auch das Aluminium, das „Silber aus Böhmen“, längst nicht alle Hoffnungen erfüllt, die es früher erweckte, so spielt es doch in unserem heutigen Leben fast eine größere Rolle als das Eisen und Kupfer. Dabei scheint es, als sollte seine eigentliche Zeit erst kommen.

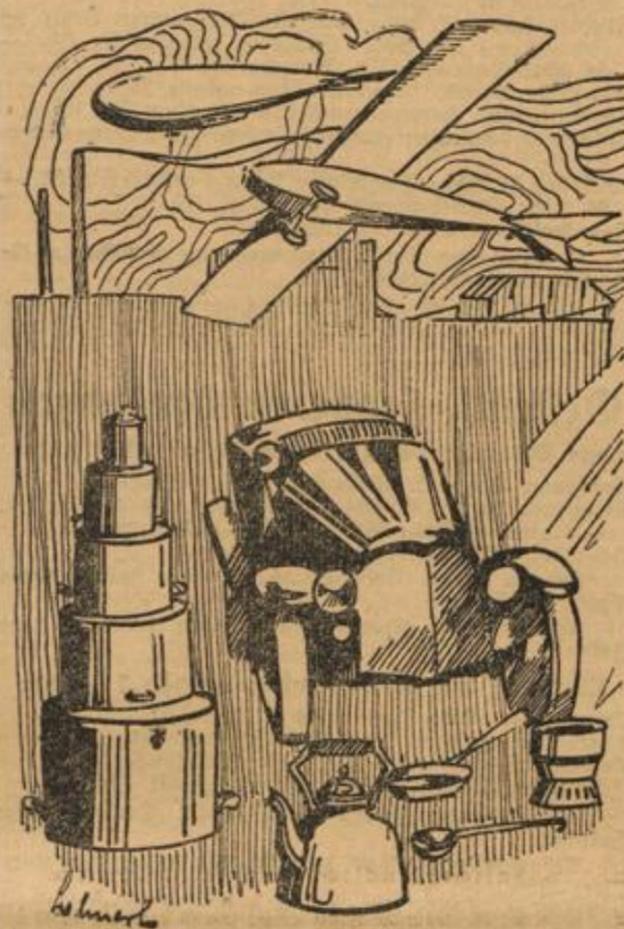
Die Vorgeschichte.

Der berühmte dänische Physiker Oersted, derselbe, der den Elektromagnetismus entdeckt hat, hat auch das Aluminium gefunden. Ihm ist also die heutige Technik zu doppeltem Danke verpflichtet. Zwar kann man ihn nicht eigentlich als den Entdecker des Aluminiums bezeichnen, denn entdeckt war es sonderbarer Weise schon lange, ehe man es kannte. Der berühmte englische Chemiker Davy, der um die Mitte des 18. Jahrhunderts die verschiedenen Erden auf ihre Zusammensetzung untersuchte, vermutete ein Metall in dem Alaun, konnte es indes nicht nachweisen, obwohl er mit dem Mittel arbeitete, mit dem auch heute das Aluminium gewonnen wird, dem elektrischen Lichtbogen. Aber es fehlte eben damals an den genügend großen Stromquellen, die wir heute haben, und mit Batterien konnte man so starke Ströme nicht erzeugen, um die Erde zum Schmelzen zu bringen. Nach ihm stellte Baron die Theorie auf, der Alaun sei ein Metallkalk und nannte das darin enthaltene Metall nach dem Namen Alaun „Aluminium“. So war der Name gewonnen, lange ehe man das Aluminium selbst gefunden hatte. Erst im Jahre 1824 gelang Oersted die Aluminiumdarstellung auf chemischem Wege. Dabei konnten natürlich nur geringe Mengen erzeugt werden, und alle Verbesserungen, die an seinem Verfahren im Laufe des 19. Jahrhunderts von den berühmtesten Chemikern angeschlossen wurden, vermochten diesen Mangel nicht zu beseitigen. Auf chemischem Wege, also durch gegenseitige Einwirkung von verschiedenen Körpern, die aus dem Alaun oder der Tonerde das gebundene Aluminium in Freiheit setzen können, nur geringe Mengen gewonnen werden, weil man immer verhältnismäßige Mengen der Reagenzien braucht. Infolgedessen blieb die Aluminiumherstellung in engen Grenzen. So gründete z. B. Napoleon III. eine Fabrik, die trotz großen Geldaufwandes nicht mehr als 2 Kilogramm täglich herstellen konnte. Auf der Pariser Weltausstellung von 1856 hatte das Silber aus Böhmen den Hauptausgangspunkt bilden, alle Welt sprach von nichts anderem. Aber die Ausstellung war eine große Enttäuschung. Wohl war ein Duzend Barren da zu sehen, aber alle zusammen wogen noch kein Kilogramm. Von einer praktischen Verwendung des neuen Metalles war keine Rede. Der geringen hergestellten Menge entsprach der Preis. Nicht weniger als 4600 M. kostete ein Kilogramm, heute ist der Preis ungefähr 2,30 M. So schleppte sich die chemische Aluminiumgewinnung hin bis zum Jahre 1888, in dem sie ihren Best aushauchte. Denn ein Jahr vorher hatte Héroult sein neues Verfahren zum Patent angemeldet, das heute die Aluminiumgewinnung beherrscht, heute noch, wie lange noch, wagt niemand zu sagen, denn der Fortschritt ist auch darüber schon halb hinweggegangen.

Die Zeit des Aluminiums.

Héroult brachte durch ungewohnte elektrische Ströme die Tonerde zum Schmelzen, und dabei schied sich an der Kathode das reine Aluminium ab. Einfacher konnte das Verfahren nicht sein, es war aber erst möglich, nachdem Werner Siemens die Dynamomaschine erfunden und nachdem sie eine gewisse Entwicklungsstufe erreicht hatte. Nun war eine Fabrikation im allergrößten Maßstab möglich, denn man brauchte keine Reagenzien in großen Mengen, sondern nichts als die zu schmelzende Tonerde, das Erz des Aluminiums. Die Folge waren gewaltige Preisstürze und die Möglichkeit technischer Verwendung. Aber noch war die Zeit des Aluminiums nicht gekommen. Die kam eigentlich erst mit dem Kriege. Zwar hatte man auch in den letzten Jahren vorher vielerlei Versuche mit Aluminiumbronzen gemacht,

die Bechtigkeit mit hoher Festigkeit vereinigen sollten, aber alle diese Versuche bekamen doch ein ganz anderes Tempo durch die Notwendigkeit, die uns im Kriege fehlenden Metalle zu ersetzen. Die Rohstoffe zur Aluminiumherstellung fand man in Deutschland in genügender Menge, der elektrische Strom war mit Hilfe der großen mitteldeutschen Braunkohlengrube ebenfalls bequem herzustellen, so waren die Vorbedingungen erfüllt. Unmittelbar nach Kriegsausbruch wurde das Riesentafelwerk in Golpa-Zschornowitz gebaut, das zur Stromversorgung der Aluminiumfabrik in Rummelsburg dienen sollte, dem schlossen sich noch mehrere andere Werke, ebenfalls meist in Verbindung mit Braunkohlengruben, an. Zunächst sollte das in Deutsch-



land fehlende Kupfer ersetzt werden. So war die Verwendung des Aluminiums in der Elektrotechnik, der größten Kupferverbraucherin, gegeben. Man wickelte Maschinen, Transformatoren, Motoren, Apparate mit Aluminium, soweit nicht noch andere Erzeugnisse, wie Eisen und Zinn herangezogen wurden. Inzwischen war das nur ein vorübergehender Zustand, denn das Aluminium den Strom schlechter leitet als Kupfer, kann eine mit Aluminiumdraht gewickelte Maschine bei gleicher Größe auch nicht dasselbe leisten wie eine mit Kupfer gewickelte. Dagegen wurde im Leistungsbau das Aluminium mit solchem Erfolge verwendet, daß es daraus nicht mehr verschwinden wird. Alle großen Hochspannungsleitungen, die von Golpa, Cautz, Trautendorf nach Berlin führen, haben Leitungsdraht als Aluminium bekommen, und es hat sich an dieser Stelle vortrefflich bewährt. Im

Automobilbau ist es noch weiter vorgedrungen. Hier kommt es auf äußerste Gewichtersparnis an, um den Wagen so leicht als möglich, dadurch billig in der Anschaffung und im Betriebe zu machen, denn der Verbrauch an Gummi und Benzin hängt in gerader Linie vom Gewichte ab. So kam man dazu, die Motoren fast ganz aus Aluminium zu bauen, wodurch man nicht nur an Gewicht sparte, sondern auch die Erschütterungen verringern konnte. In dieser Richtung muß noch sehr viel weiter gegangen werden, wenn das Automobil, wie in Amerika, das Verkehrsmittel für die weitesten Volkskreise werden soll. Wie sich andererseits das Aluminium nützlich macht, braucht man in einer Zeit, die eben erst die Fahrt des J. R. 3 nach Amerika miterlebt hat, nicht zu betonen. Aber auch außerhalb der eigentlichen Technik, im täglichen Leben, gewinnt es immer mehr Raum. Die Lederbewehrung mit Aluminiumgeschirren ist eine natürliche Folge der im Kriege zu Riesenziffern heraufgetriebenen Erzeugung, aber in wesentlichen hat das weiße Metall sich da durchgesetzt, und eine Küche mit Emaille- oder Tongeschirren wirkt heute unmodern. Mancherlei Gebrauchsgegenstände werden heute auch aus Aluminium hergestellt und es werden ihrer immer mehr.

Freilich ist in neuerer Zeit dem Aluminium ein gefährlicher Wettbewerber entstanden, und das ist ein naher Verwandter von ihm, das Magnesium. Es ist noch viel leichter als Aluminium und ihm in mancher Beziehung hinsichtlich der Festigkeit überlegen. Eine Begierde nach beiden Leichtmetallen ist heute schon für die Technik sehr wertvoll geworden, wäre das Magnesium nicht an der Luft so außerordentlich leicht verbrennlich — die Blühpulver enthalten alle Magnesium als Hauptbestandteil —, so würde es vielleicht das Aluminium ganz verdrängen. Der Fortschritt ruht eben nicht, und vielleicht bringen uns die nächsten Jahre neue Metalle, von denen heute überhaupt niemand etwas ahnt.

Kein Mord, sondern eine Gaskatastrophe. Zu dem Doppeltodesfall in der Vorbergstraße.

Wie wir berichteten, hat sich in der Nacht vom vergangenen Mittwoch zum Donnerstag in Hause Vorbergstraße 4 zu Schönberg eine Tragödie abgepielt. Man fand nach einer vorausgegangenen lauten Auseinandersetzung in der Wohnung der Schneiderin Marie Bendit die bei ihr wohnende 60jährige Schwester tot, die Schneiderin selbst und den ihr befreundeten Straßenbahnmonteur Otto Kuhlmey bestunnslos auf. Inzwischen ist Kuhlmey im Krankenhaus verstorben, so daß der Tod zweier Menschen zu beklagen ist. Der merkwürdige Vorfall ist jetzt vollkommen aufgeklärt. Kuhlmey hatte in der Trunkenheit schon öfter Unheil angerichtet. Vor vier Wochen überfuhr er mit seinem Straßenbahnwagen am Kaiserdamm ein kleines Mädchen, das seinen Verletzungen erlag. Am Sonnabend vor acht Tagen hatte er in der Trunkenheit mit seinem Wagen der Linie 99 E auf dem Schloßplatz einen Zusammenstoß. Ein Aufsehensbeamter löste ihn ab und er wurde entlassen. Am Dienstag voriger Woche hatte er sich vom Depot seine Sachen und den Restlohn von über 90 M. Darauf besuchte er bis in die Nacht hinein mit Marie Bendit und deren Schwester eine ganze Reihe von Schankwirtschaften. Obwohl er nichts vertragen konnte, gab er auf dieser „Kneiptour“ über 60 M. für Bier und Schnaps aus. So kamen alle drei in der Nacht betrunken nach Hause. Als nun Marie Bendit sich zu ihrer Schwester auf das Sofa legen wollte, zog Kuhlmey sie in einem Wutanfall nach seinem Bett hinüber. Kuhlmey, der hierbei dem Mädchen mehrere Kränchen beibrachte, streifte bei dem Hin und Her die lange Kette, die den Hahn der Gaslampe schloß, und zog so den Gasahn auf, ohne daß jemand es merkte. Die Schneiderin hatte kurz vorher noch mehrere Pehnpennstifte in den Gasautomaten hineingesteckt. Ihre Schwester erlag um so eher der Wirkung des Gases, als sie sehr herzerkrankt war. Kuhlmey wurde schwer mitgenommen. Die Schneiderin selbst kam wohl nur deshalb mit dem Leben davon, weil sie eine Weile außerhalb der Stube war. Bis die Polizei am Fußtag spät nachmittags, von den Hausbewohnern gerufen, in der Stube eintraf, war der Automat längst abgelaufen und das Gas hatte sich durch die Ritzen des einfachen Fensters verflüchtigt, so daß auch kein Geruch mehr wahrzunehmen war. Die Obduktion bei dieser Feststellungen der Kriminalpolizei bestätigte. Sie stellte bei beiden Personen Gasvergiftung als Todesursache fest.

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Dann sah er noch lange auf seinem Bette, das Gesicht in den Händen vergraben. „Er wird eben arbeiten müssen“, hatte Joyce gesagt. Wie hart hatte es geklungen. Bildete sie sich ein, daß er nicht alles getan hatte, daß er ein Faulenzer war, der vor Arbeit zurückschreckte? Was hatte er nicht alles versucht, wie war er über seine Arbeitslosigkeit verzweifelt gewesen, bis er sich hinsetzte und sein Buch schrieb, wie einem Trieb gehorchend. Er hatte seinen Beruf gefunden, das Buch und der erste Artikel würden bald erscheinen. Joyce hatte kein Recht zu solchem Ton. Von ihrer erlauchten Familie hatte ihm wahrlich keiner geholfen, von ihrem „Kreise“ ebensowenig. Er mußte offen mit ihr sprechen, bevor dieser Tag endete. Er mußte alles zwischen ihnen ins Reine bringen und sie sich zurückgewinnen. So konnte es nicht weitergehen. Das zertraf ihm Leib und Seele. So grübelte er und verspätete sich zum Diner und erhielt Lady Otters eifigen, vorwurfsvollen Blick.

26.

Zum Diner hatten sich mehrere Gäste eingefunden. General Bellasis saß neben Lady Otters, und Kenneth Murley neben Joyce. Beide waren als alte Freunde der Familie herausgekommen, um das Osterfest hier zu erleben. Die Unterhaltung schien sich um den Streit zu drehen. Der statische, blühende Bellasis führte hauptsächlich das Wort. Da Bertram dem Gellauder seiner Tischdame zu lauschen hatte, konnte er nur einzelne Brocken der oben geführten Unterhaltung auffangen, aber auch dabei waren seine Gedanken nicht, denn er wandte seine Blicke nicht von Joyce ab. Sie trug ein Abendkleid aus weißer Seide von ganz kindlichem Schnitt, dazu eine Reihe edler Perlen, und sah in diesem alten Speisesaal mit den gefärbten Wänden, den hochlehnigen Stühlen, der hochgehobenen Decke aus wie nur hierhergehörig. Sie gehörte mit zu dem alten Schlosse und das Schloß gehörte zu ihr, nicht in Stein und Holz, aber in Geist und Tradition. Sie war Joyce Bellairs von Holme Otters. Was für ein Recht hatte der irische Advokatensohn an diese Aristokratin? Sie gehörte einer anderen Klasse an, war durch Jahrhunderte lange Zuchtwahl entstanden. Bertram war, diesem Sprößling einer Herrscherfamilie verglichen, nur ein plumper Bauer. So grübelte er finstler, während er Joyce und ihren Nachbar Kenneth Murley wie gebannt beobachtete. Auch dieser gehörte zum blauen Blut und war mit all

diesen alten Geschlechtern verwandt. Er amüsierte Joyce während des langen Dinners in seiner graziösen, lässigen, satirischen Art, die so unabsichtlich ausfiel und ihn doch mit geheimem Stolz erfüllte. Unablässig ging Bertrams Blick zu den Beiden. Kenneth Murley war niemals im geringsten unhöflich gegen Bertram gewesen, obgleich dessen Eiferjucht ihm unmöglich entgehen konnte. Im Laufe des Mahls hob er sogar einige Male sein Glas zum Gruß gegen ihn, so daß Bertram sich einstellend, Kenneth war doch ein Gentleman und viel herzlicher als sein Schwager Alban.

Endlich erhob sich Lady Otters würdevoll von ihrem hochlehnigen Sessel. Diese Mahlzeit war ihr auch im eigenen Hause ein feierlicher Aktus. „Unterhalte dich nicht zu lange, Otters“, bemerkte sie zu ihrem Gatten. „Wir möchten nachher gern Bridge spielen.“ Aber Lord Otters ließ sich nicht gern vom Stuhle aufheben und sagte es sehr freimütig. Auch wollte er noch hören, wie Bellasis seine Pläne entwickelte. „Das möchte ich auch mit anhören“, sagte Joyce. „Ich komme dann später, Mutter.“

Damit zündete sie sich eine Zigarette an, setzte sich auf die Lehne eines der großen Stühle und nippte aus Kenneths Weinglas.

General Bellasis rückte seinen Stuhl so herum, daß er der kleinen Gruppe der bei Tisch gebliebenen, Lord Otters, Alban, Kenneth, Joyce und Bertram, gegenüberlag. Er hätte ihnen ja schon mitgeteilt, wie die Regierung über den Streit dachte. Er sei ein Schlag gegen die Autorität des Parlaments, gegen die soziale Ordnung des Landes. Die eigentlichen Arbeiterführer wären noch ziemlich vernünftig, meinte er, und im ganzen begünstigt. Aber hinter ihnen wühle die mit fremdem Geld bezahlte revolutionäre Agitation. Und jetzt wäre die Zeit gekommen, wo „wir“ uns mit der Arbeiterpartei im offenen Kampfe messen müßten. Sie hätten „uns“ herausgefordert. „Wer ist „uns“?“ fragte Alban. „Die Regierung?“ „Nein, die ganze wohlgesinnte Majorität“, sagte der General. „Alle, auch der unglückliche Mittelstand mitinbegriffen. Wir alle. Gut, wir nehmen die Herausforderung an. Wir sind bereit. Wir werden ihnen die Hölle heiß machen.“ „Auch auf die Menge feuern?“ fragte Lord Otters. „Auf jeden einzelnen Schurken oder jede Vereinigung von Schurken feuern, die das nationale Leben zu gefährden versuchen.“ war die Antwort. „Selbstverständlich!“ rief Alban. „Möchte nur tüchtig gefeuert werden.“ sagte Joyce hitzig. „Eine gute Gelegenheit, unsere Volkswirtschaften loszuwerden.“ Bertram richtete sich unruhig in seinem Stuhl auf, antwortete aber nichts. Wie konnte Joyce nur so sprechen! Muggel und die anderen Kriegskameraden, so viele von ihnen

arbeitslos, waren wohl verbittert und verzweifelt, aber keine Volkswirtschaften. Dieses neue Schugregiment brauchte nur einen verhängnisvollen Irrtum zu begehen, brauchte nur zwischen Schurken und anständigen Männern nicht unterscheiden zu können, und das entsehlteste Blutvergießen war da. Der Klassenkrieg war gefährlich nahe gerückt, und Joyce sprach diese wahnsinnigen Worte.

Plötzlich wandte sich General Bellasis dem Gräbelnden freundlich lächelnd zu. „Wie ich von Joyce höre, möchten Sie gern eine Anstellung, Pollard. Ich könnte Ihnen etwas bieten. Wie würde es Ihnen gefallen, mir bei diesem Geschäft zu helfen? Etwa als Abteilungsleiter an der Südküste?“

Bertram fühlte, wie es ihm fast den Rücken herunterlief. Aller Augen waren auf ihn gerichtet, und jeder erwartete, daß er freudestrahlend annehmen würde.

„Bertram, wie herrlich!“ rief Joyce. „Endlich ein Glücksfall!“

„Was ist denn das eigentlich für ein Geschäft?“ fragte Bertram höflich und interessiert, fühlte aber, daß seine feindliche Stimmung durchklang.

General Bellasis erklärte ihm, daß es eine Art Rekrutenaushebung sein sollte, dann ein Einzeigerziehen der Männer, ein Zurechtstutzen, und endlich ein Patrouillendienst.

„Also militärische Polizei?“ „Stimmt!“ sagte General Bellasis behaglich und fügte hinzu, wie glänzend diese Gelegenheit für Bertram wäre, sich der Regierung vorteilhaft bemerkbar zu machen und sich dadurch später einen guten Regierungsposten zu sichern. Was er, General Bellasis, in seiner Eigenschaft als Leiter des Heimatschutzes, dazu tun könne, das solle mit dem größten Vergnügen geschehen.

Das liebenswürdig und herzlich gemachte Anerbieten wurde mit allgemeinen Glückwünschen angenommen. „Das paßt für Bertram wie eigens bestellt“, sagte Joyce. „Er versteht die Leute zu behandeln, das muß man ihm lassen.“

Sie war ganz aufgeregt, glitt von der Lehne herunter und stand mit erwartungsvollen Augen da.

„Famos für Sie, Bertram!“ rief Kenneth. „Auch für Joyce freut es mich. Ein besseres Sprungrett zu einem guten Amt gibt es nicht.“ „Großartige Stelle“, stimmte Alban ein. „Dienst für's Vaterland, gute Bezahlung, und Spaß dabei.“ Joyce beobachtete ihren Gatten. Sie las besser in seinen Zügen als die anderen. Sie sah, wie er errötete und erlebichte und mit gefalteter Stirn überlegte. „Außerordentlich gut von Ihnen, General“, sagte er endlich langsam, „vielen Dank. Aber — — die Aufgabe sagt mir nicht zu.“ Betroffenes Schweigen folgte diesen Worten. „Sie sagt Ihnen nicht zu?“ lächelte Bellasis unangenehm. (Fortf. folgt.)

Neuester Behördennepp.

Früher hatte man an Behörden außer den Steuern und etw. noch Geldstrafen und Strafollzugsgebühren nur Stempel und Taxen für Urkunden zu bezahlen. Als man die Ausreisegeldgebühr von 500 Goldmark aufgeben mußte, kam man darauf, die Erteilung der Ausreiselaubnisse nicht mehr gratis zu erteilen, sondern für 10 Goldmark zu verkaufen. Man nennt das Verwaltungsgeld. und seitdem hat man sich noch eine ganze Reihe anderer Verwaltungsgeldgebühren zugelegt. Zum Beispiel werden bei Abweisung von Einbürgerungsgesuchen die enttäuschten Ausländer, die gern Reichsbürger geworden wären, für dieses unerlaubte Gelüste noch mit Verwaltungsgeldgebühren von ganz unerklärlich wechselnder Höhe bestraft. Aber auch Inländer müssen in verschiedenen Fällen solche Verwaltungsgeldgebühren zahlen. Sogar wir wissen, stehen die Beamten in festem Gehalt (Zehntelohn) und haben dafür ihre Amtspflichten zu erfüllen. Wir zahlen unsere Steuern, damit die Behörden ihre Aufgaben versehen. Die Steuern sind so hoch, daß dies von der Regierung als eine bringende Gefahr für die Sicherheit des Reiches betrachtet wurde; denn anderenfalls hätte man nicht den Artikel 48 der Reichsverfassung zu ihrer Herabsetzung benutzen können. Da nichts davon bekannt geworden ist, daß die Verwaltungsbeamten jetzt im Stücklohn bezahlt werden, muß die Erhebung dieser neuen Verwaltungsgeldgebühren die Verwaltungstätigkeit der Behörden als eine auf Gewinnerzielung berechnete Gewerbe erscheinen lassen, wofür die Behörden von Rechts wegen zur Einkommen-, Gewerbe- und Umsatzsteuer herangezogen werden müßten.

Das Schicksal eines Entgleitenen.

30 Jahre in Gefängnissen und Irrenhäusern.
Von seinen 48 Lebensjahren hat ein Angeklagter namens Felix Karow nicht weniger als 30 Jahre in Gefängnissen und Irrenhäusern zugebracht. Seit war er wieder wegen schweren Einbruchsdiebstahls angeklagt.
Nachdem er seine letzte Strafe verbüßt hatte, hatte er auf eigenartige Weise einen Einbruch verübt. Wie er erklärte, wurde er von einem gewissen Tietmann eines Tages angesprochen, der ihm sagte, seine Braut sei ihm untreu geworden. Er möchte nun doch die Einrichtungsgegenstände, die er seiner Braut geschenkt habe, wieder wegnehmen. Karow belann sich nicht lange, sondern erklärte, er werde das Ding schon drehen. Ohne zu zaudern, begab er sich nach der Wohnung, öffnete mit einem Dietrich die Tür und begann auszuräumen. Dabei wurde er aber abgefaßt. Auf die Frage des Vorstehenden, ob er dieses Leben nicht satt habe und seinen Lebenswandel nicht ändern wolle, erwiderte der Angeklagte, daß ihm nichts weiter übrig geblieben sei. Als er aus dem Gefängnis herauskam, habe er zwar einige Millionen bekommen, aber eine Schrippe kostete schon ebensoviel Milliarden, so daß er für kein Geld nur eine Schrippe erhalten hätte. Der als Belastungszeuge geladene eigentümliche Anwalt spielte den Verzweifelten. Es war aus ihm nichts herauszubekommen. Mit den Worten: „Guten Morgen, Kameraden“, betrat er, aus der Hast vorgeführt, den Gerichtssaal und wußte nicht einmal wissen, wann er geboren sei. Als der Vorstehende ihn fragte, ob er auf seinen Geisteszustand beobachtet werde, erwiderte er: „Ja, von Onkel Ernst.“ Die Verhandlung endete mit der Beurteilung Karows zu 2 Jahren Gefängnis. Dem Angeklagten wurde der Rat gegeben, nun aber ernstlich sein Leben umzustellen und sich, wenn er aus dem Gefängnis herauskomme, an den Gefangenenfürsorgeverein zu wenden.

Zur Verhaftung des Defraudanten Karl Hüster.

Wie wir mitteilten, ist es gelungen, den Justizobersekretär Karl Hüster, der bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte 360000 Mark veruntreut hatte, in Breslau zu verhaften. Die Berliner Kriminalpolizei hatte die zahlreichen Freundinnen Hüsters in Berlin überwacht und schließlich in Erfahrung gebracht, daß eine von ihnen noch mit dem Tächtigen in Briefwechsel stand. Vor einigen Tagen fuhr diese nach Breslau, und ein Kriminalbeamter folgte ihr unauffällig dorthin. Wie sich jetzt herausgestellt hat, ist Hüster bei seiner Flucht nicht im Besitz seiner großen Geldsumme gewesen. Die 360000 M. Unterschlupfsgelder waren schon vorher in einzelnen Raten von ihm in Gesellschaft anderer verjubelt worden. Zu seiner Flucht ließ er sich erst von einem Freunde 2000 M. Es war seine Absicht, die oberste Grenze zu überschreiten und nach Rußland zu gehen. Er konnte aber seinen Gewohnheiten als Lebemann nicht entkommen und fand in Breslau genau wie in Berlin sofort Anschluß, vergebens einen Teil der 2000 M. den Rest stahl man ihm. Er zog nun in ein ganz kleines Hotel, schrieb nach Berlin und wollte durch seine Freundin versuchen, 100000 M. zu bekommen, um dann endgültig Deutschland zu verlassen. Seine Freundin traf sich auch mit ihm in Breslau und löste ihn mit 60 M. aus. Danach wurde er verhaftet. Er wird auf dem schnellsten Wege nach Berlin gebracht werden. Inzwischen ist festgestellt worden, daß die Witimandier, über die wir seither berichtet, tatsächlich der Wahrheit entsprechen. So ist ein Fall festgestellt worden, in dem Hüster einem Jockey 35000 M. gegeben hat. Mit diesem Betrag der Jockey einige seiner Kollegen, ihre Pferde zu „doppeln“ und dadurch die Quote auf ein bestimmtes Pferd zu erhöhen. Die Rennbehörden werden sich jetzt noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Auch die Untersuchung der Veruntreuungen wird sicherlich noch weitere Verhaftungen nach sich ziehen. Alle Mitteilungen, die für die Aufklärung der Wichtigkeit sein können, nimmt Kriminalkommissar Seifert im Polizeipräsidium entgegen.

E. R. auf dem Ball.

Die rühmlichst bekannte „Deutsche Zeitung“ ergibt sich in kindlicher Weise über den letzten Dörmarsball, u. a. heißt es da: „Viele Effekte kreuzen waren zu sehen (1), daß uns wieder traurig noch lächerlich berühren soll.“ Kein, bravo, ihr wackeren deutschen Soldaten, wir gratulieren zu der endlich gewonnenen Erkenntnis, daß im Felde „Vereinsabzeichen“ getaufte E. R., nur noch als „Notionsabzeichen“ betrachtet. Nun erst erfüllen die vielen E. R. den übrig gebliebenen Zweck: Attrappe eines hochgewordenen Ideals zu sein! Stellest es erleben wir noch, und das wäre ein schönes Zeichen unserer Vermunft, daß man den Säuglingen ein Dalkreuz in die Windeln steck, oder daß der geniale Feldherr mit der blauen Schwedenbrille Direktor der — Müllabfuhrgesellschaft wird. Wie dem auch sei — es fehlt noch immer an einem Film, der die Verhältnisse vor gestern darüber aufklärt, daß die schönen Tage von „Wilhelms Gnaden“ vorüber sind und auch nicht wiederkehren werden.

Oeffentl. Wählerversammlungen

heute, Dienstag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr:
Berlin-Mitte: Ruffertstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
Prenzlauer Berg: 26. und 28. Abt.: Büttner, Schwedter Straße 28.
Mariendorf: Realgymnasium, Kaiserstraße.
Lichtenberg: Lina Cäcilien-Anzeim, Rathausstraße.
Weißensee: Realgymnasium Boelckpromenade.
Pankow-Heinersdorf: Lude in Heinersdorf, Kaiser-Wilhelm-Straße 67.
Reinickendorf-Ost: Ramlow, Kastanienwäldchen, Schönholz 14.
Tagesordnung: Wähler, entscheidet Euch!
Redner: Crispian, Ad. Hoffmann, Künstler, Klotz, Litke, Dr. Löwenstein, Reuter.

Mittwoch, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr:
Berlin-Mitte: Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engel-Platz 24.
Wedding: 15. Abt.: Schulaula Streiliger Str. 42. — 21. Abt.: Schulaula Plantagenstr. 15/17.
Friedrichshain: 32. Abt.: Fruchtstr. 36a (oberer Saal) bei Schmidt. — 33. Abt.: Schulaula Hohenlohestr. 10. — 34. Abt.: Comenius-Säle, Remeler Str. 67.
Kreuzberg: 46. Abt.: Behrendt, Mantuffeststr. 95.
Charlottenburg: Hohenzollern-Festäle, Berliner Str. 105.
Wilmerdorf-Halensee: Florasäle in Halensee, Johann-Georg-Straße.
Neukölln: 93. Abt.: Gambrinus, Kaiser-Friedrich-Str. 86. — 94. Abt.: Rindl-Brauerei, Hermannstr. 214.
Rosenfeld-Dorf: Bruseberg, Hauptstraße.
Tagesordnung: Der 7. Dezember — ein Schicksalstag für Deutschlands Arbeiterschaft!
Redner: Rob. Breuer, Crispian, Hugo Heimann, Künstler, Lempert, Landa, Otto Meier, Riebig, Riefisch, Siering, Bermuth, Jubel.

heute, Dienstag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr:
Prenzlauer Berg: Schulaula Schönfließer Straße 7.
Kreuzberg: 40. und 41. Abt.: Bodobrauerei, Fildicinstr. 2/3. — 42. und 43. Abt.: Rabes Festäle, Fichtestraße 29.
Rosenhof: Mühlabrot, Kronprinzstraße.
Redner: Clara Bohm-Schuch, Gertrud Hanna, Anna Geier, Clara Weyl.
Tagesordnung: Frauen und Mädchen, denkt an Eure Zukunft!

Mittwoch, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr:
Tiergarten: 8. Abt.: Nationalhof, Bülowstr. 37.
Charlottenburg: Zum Birnbaum, Galvanistr. 13.
Cankow: Lehmanns Festäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 29/31.
Reinickendorf-West: Volkshaus, Scharnweberstr. 114.
Tagesordnung: Frauen und Mädchen, denkt an Eure Zukunft!
Redner: Clara Bohm-Schuch, Gertrud Hanna, Karl Litke, Clara Weyl.
Genossinnen und Genossen! Agitiert nach Kräften für die öffentlichen Versammlungen der Sozialdemokratie. Besucht dieselben zahlreich.

heute, Dienstag, den 25. November:
Schulaula Samariterstr. 20, abends 7 Uhr. Referent: Genosse Stadtrat Herrmann.
Eckner: Gesellschaftshaus bei Karbe. Referent: Genosse Rogur.

Mittwoch, den 26. November:
Unterhaltungsabend für Beamten, Lehrerinnen und Behördenangehörige im Deutschen Hof, Apolloaal, Luckauer Straße. 7 1/2 Uhr. — Eintritt frei.
Spandau: 7 1/2 Uhr im Turnzimmer des Neuen Rathauses. Referent: Landtagskandidat Polizeioberwachmeister Klenz.
Donnerstag, den 27. November:
Polizeibeamten! 7 1/2 Uhr: Kammeräle, Lottower Str. 8. Referent: Genosse Polizeioberwachmeister Klenz.

Beamten-Versammlungen

heute, Dienstag, den 25. November:
Schulaula Samariterstr. 20, abends 7 Uhr. Referent: Genosse Stadtrat Herrmann.
Eckner: Gesellschaftshaus bei Karbe. Referent: Genosse Rogur.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 25. November.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6.15 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Pankuppelle). 6.20 Uhr abends: „Ratschläge fürs Haus“. 6.30 Uhr abends: Zehn Minuten für die Hausfrau. 6.45 Uhr abends: Vortrag des öffentlich angestellten Chemikers Herrn Dr. Heinrich Zollner: „Ueber Ernährung, über unsere täglichen Nahrungs- und Genussmittel und ihre Verfallschungen“. 7.15 Uhr abends: Einleitende Worte zu „Der Barbier von Sevilla“. 7.30 Uhr abends: Sendespielbühne. Leitung: Cornelius Bronsgeest. III. Veranstaltung: Der Barbier von Sevilla, Komische Oper in zwei Akten. Text nach Benamarchais von Cesaro Storbini. Musik von Gioacchino Rossini. Für den Rundfunk bearbeitet von C. Bronsgeest. Dirigent: Selmar Meyrowitz. Personell: Graf Almaviva: Maximilian Willinsky; Doktor Bartolo: Peter Lordmann; Rosina, dessen Mündel: Alexandrine Alexandrowa; Basilio, Musikmeister: Leo Schützendorf; Figaro, Barbier: Hermann Kant; Fiorillo: Artur Neudamm; ein Notar, ein Offizier, ein Diener, Soldaten, Musikanten. Das Orchester besteht aus Mitgliedern des Berliner Philharmonischen Orchesters. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitungs-, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Wetter für Berlin und Umgegend. Mäßig und zeitweise heiter bei schwachen südöstlichen Winden.

Flughafen Tempelhofer Feld.

„Einer der schönsten Flugplätze Europas.“
Der zu Verhandlungen über die englischen Luftfahrtspläne in Berlin weilende Chef des englischen Luftfahrtwesens, General Brander, besichtigte im Laufe des gestrigen Montags den Flughafen Tempelhofer Feld. In seiner Begleitung befanden sich die Vertreter des Reichsluftamtes, Ministerialrat Brandenburg und Geheimrat Fisch, ferner Oberbaurat Saurenheimer von der Flughafen G. m. b. H. und Major Wötcher von der Luftpostamt. Sowohl die bisherigen, wie die im Entstehen begriffenen Anlagen des Flughafens wurden durch General Brander einer eingehenden Besichtigung unterzogen, ebenso die dort stationierten vier Junkers-Verkehrsmaschinen, von denen eine dem englischen Gast vorgeführt wurde. An Hand der deutscherseits gegebenen Erläuterungen über die Lage des Flugplatzes mitten in der Großstadt erklärte General Brander, daß das Tempelhofer Feld einer der schönsten Flugplätze Europas sei und für die Entwicklung des internationalen Luftverkehrs von größter Bedeutung sein würde.

Einheit, Freiheit, Vaterland!
Die heutige Kundgebung des Reichsbanners mit der Caroli der 48er Freiheitskämpfer findet heute abend in familiären Räumen der Neuen Welt statt. Die Hauptrede hält Redakteur Schwärmer. Daneben sprechen Ministerpräsident a. D. Stelling, Senatspräsident Großmann, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser, Reichstagsabgeordneter Dr. Haas, Lehrer Niffka, Stadtrat Lammerich. Das Reichsbannerorchester und der Berliner Sängerkorps werden zwischen den einzelnen Reden Volkstheater spielen. Schauspieler Wolfgang vom Deutschen Theater wird Freiheitskämpferrollen registrieren.

Der märkische Wald im Lichte märkischer Maler.

So könnte man die kleine Gemälderausstellung nennen, die von der Arbeitsgemeinschaft für Fortschritt und Naturkunde im Hotel Bellevue in Friedrichshagen veranstaltet wird. Zweck der Ausstellung ist, das künstlerische Bild des Waldes so wie es Bild und Pflanzführung des modernen Künstlers lauten, dem Freund des Waldes und der Natur näherzubringen. Die Schönheit des Waldes in ihrer künstlerischen Form und dem Beschauer erschließen zu lassen und in dieser Darstellung die Wohnung erneut zum Ausdruck zu bringen: Schützt und erholst dem Großstädter den Wald, geht behutsam in ihm, zerstört nicht seine ewige Schönheit durch unbedachte kleine Schädigungen, die — von vielen einzelnen Besuchern ausgeht — Raubbau und Vernichtung sind. Die Ausstellung, die Sonntag eröffnet wurde, ist nicht ohne Mängel. Manches Bildwerk, das nicht zur Sache gehört, hätte ruhig fortbleiben können. Auch hätte ihr eine planvolle Gruppierung viel genügt. Trotzdem dient sie — das ist das Beste, was man von ihr sagen kann — dem gesteckten Ziel, obwohl sie sich auf einen engen Künstlerkreis und manche unserer lebenden Waldmaler überhaupt unerschöpflich läßt. Fein in Wirkung und Anordnung sind die Waldstimmungen Alensweiders, der die dunklen Schatten des Waldes lebt und sie in einer ganzen Bilderreihe mit schönen Frauen darstellt. Ganz der Gegenstand dazu holt Deigebrot scharfes Licht, kommende Kontraste aus der märkischen Landschaft heraus. Die Kiefern, die sich in großem Licht von dem Himmel abheben und selbst in Leuchten erstrahlen, sind von harter Wirkung. Mannigfaltig dargestellt ist die Gegenwirkung von Wald und Wasser. Hierzu hat u. a. G. Reifel einige schöne Beiträge geliefert. Auch die anderen Maler, unter ihnen A. Böcher, Fidus, Pils, haben ihre Kunst in diesen Bildern den Stempel der Heimatfreude an der Eigenart des märkischen Waldes aufgedrückt. So ist die Ausstellung — als ein Anfang auf diesem Gebiete gedacht — ein gelungener Versuch, die Schönheit der märkischen Waldlandschaft weitesten Kreisen im Bilde vorzuführen als Wohnung, sie zu pflegen und zu erhalten.

Die Kunstgemeinde Neukölln veranstaltete im großen Saale der „Neuen Welt“ einen Opern-Abend. Anwesende waren das Berliner Sinfonie-Orchester, Kommerzfängerin Paragarete Krndt-Ober, Opernsängerin Else Jülich-de Vost und Kommerzfänger Robert Gutt, Dirigent Clemens Schmalstieg, Arion und Duette aus „Alessandro Stradella“, „Carmen“ und „Die lustigen Weiber von Windsor“ wurden meisterhaft zu Gehör gebracht und ernteten stürmischen Beifall. Nur wäre eine noch zahlreichere Beteiligung im Interesse der vom Volksbildungsamt Neukölln gepflegten Bestrebungen auf dem Gebiete der Volksbildungswesen erwünscht gewesen.

Cerai Fremdsprachen! Anfang Dezember beginnen auf vielseitigen Wunsch in der Sprachschule für Proletariat neue Kurse in Englisch, Französisch und Spanisch, sowohl für Erwachsene (abends), als auch für Kinder (nachmittags). Es werden Anläuferkurse und besondere Kurse für Bergarbeiter eingerichtet werden. Anmeldungen: Freitag, den 25. Nov., und Mittwoch, den 26. Nov., abends von 6—8 Uhr, in der Gemeindefunkhalle, 25a (nahe Bahnhof Mitte und Alexanderplatz) und für den Bezirk Berlin bei 8. Nachb. Viertelstr. 6a (nahe Rollendockplatz und Bölowstraße) täglich von 3—5 Uhr nachm., für Kinder und von 7—9 Uhr abends für Erwachsene.

Kontinentaleuropa und Reichstagswahl. Neber dieses Thema findet heute abend 8 1/2 Uhr im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestr. 15, ein öffentlicher Diskussionsabend statt, der durch ein Referat von Julius Kallisch eingeleitet wird. Zahlreiche bekannte Politiker und Parlamentarier sind als Redner angemeldet.

Surchtbare Minenexplosion in Rowno.

Rowno, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) In dem drei Kilometer von Rowno entfernten Werke Freida flog gegen 7 Uhr morgens ein Lager unbrauchbar gewordener Minen unter einer furchtbaren Detonation in die Luft. 7 Personen, darunter 5 Zivilisten, wurden zerrissen. In Rowno zerplatzte in den Straßen eine ungeheure Menge von Sprengkörpern. Das Verteidigungsministerium hatte die unbrauchbar gewordenen Minen an eine private Firma verkauft, die unter Aufsicht eines Spezialfachmannes diese auseinandernehmen ließ. Die Spezialisten des Ministeriums bemerkten jedoch, daß die Arbeiter sich nicht für diese Arbeiten eigneten. Die Explosion entstand, als der aufsichtsführende Beamte noch nicht erschienen war. Die Stelle, an der die Explosion stattfand, bietet einen schrecklichen Anblick dar. Das große Fabrikgebäude besteht nur noch aus Trümmern. Die Dächer der Häuser in der Umgebung sind abgedeckt und die Mauern eingestürzt. In einer Umgebung von mehreren hundert Metern sind die Felder mit Balken, Brettern und anderen Trümmern bedeckt. Ein Wachtposten wurde vollständig zerrissen, einer schwer und ein anderer leicht verletzt. Sechs Arbeiter haben ihr Leben eingebüßt. Unter den Trümmern wurden nur der getriebene Soldat und ein Arbeiter gefunden. Von den anderen waren nur noch wenige Körperteile übrig geblieben. Das Ministerium hat eine scharfe Untersuchung eingeleitet.

Wasche dich mit Ray-Seife!



Parteinachrichten für Groß-Berlin

1. Kreis Wedding. Heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr. Sitzung der Kommunalen Kommission im Jubiläumssaal. Vortrag des Genossen Schlotter Kallisch: „Jugendbeschäftigung und Jugendpflege im Bezirk Wedding“. Alle Jugendlichen, -Pflege und Wohlfahrtsmaßnahmen sind Aufgabe der Kreisleitung. Jede Jugendhilfe muß zuerst eine -Kultur -Mehrerer Brauch des Sozialismus“ findet Mittwoch 7 1/2 Uhr Grünhalden Str. 4-5 statt.

6. Kreis Kreuzberg. Sonntag: Heute, Dienstag, 7 Uhr, die 40. und 41. Wkt. Sozialrat, Jubiläumstr. Die 42. und 43. Wkt. Mittwoch 7 Uhr bei Kuba, Fiedlerstr. 44. - 45. Wkt. Mittwoch 6 1/2 Uhr bei Behrend, Kantenstraße 85.

14. Kreis Prenzlauer Berg. Die am Dienstag, den 25. November, angeforderte Berichterstattung der freien Schulgemeinde fällt aus.

19. Kreis Prenzlauer Berg. Siehe Wedding.

20. Kreis Reinickendorf. Siehe Wedding.

Heute, Dienstag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr:

21. Wkt. Kommunale Kommission: Die Sitzung der kommunalen Kommission fällt aus.

22. Wkt. 8 Uhr wichtige Sitzung der Bezirksführer mit sämtlichen Wahlleitern (Die Jugendgenossen sind eingeladen) bei Burg, Prenzlauer Berg 120.

26. Wkt. Schöneberg. 6 Uhr im Lokal Gütlich, Rubens-, Ecke Bogenstraße, wichtige Wahlleitersitzung.

161. Wkt. Tempelhof. Pünktlich 7 Uhr Besprechung der Stimmbezirksleiter mit dem Vorstand.

133. Wkt. Prenzlauer Berg. Die für heute (Dienstag) angekündigte öffentliche Besprechung findet erst Freitag, den 28. November, statt.

Jugendorganisation. Gruppe 8: Heute, 8 Uhr, im Lokal 3, Vortragsabend über das „Grüne Programm“. - Gruppe Kewpelt-Marienborst: In Anbetracht des Wahlkampfes findet die nächste Zusammenkunft erst am Dienstag, den 9. Dezember, statt.

Morgen, Mittwoch, den 26. November:

Mitgliederversammlungen und Zahlungen in Groß-Berlin.

1. Wkt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Litzke.

7. Wkt. 7 1/2 Uhr Funktionärssitzung bei Drebrühl, Erlenmünder Str. 11.

8. Wkt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in Röhlers Festhalle, Fiedlerstr. 24.

11. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Berger, Reichenow-, Ecke Bogenstraße, Mitgliederversammlung. Thema: Die Reichstagswahlen und unsere Aufgaben. Referent: Genosse Dr. E. Rosenfeld.

12. Wkt. 7 1/2 Uhr Anteilungsverammlung bei Schmidt, Bielefeldstr. 17.

13. Wkt. 7 1/2 Uhr in den Arminushallen, Bremer Str. 78, Vortrag des Genossen Götting.

19. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Aula der Frauen Schule, Gothenburger Straße, Vortrag des Genossen Wolf Hoffmann: „Die Parteien im Wahlkampf“. Sympathisierendes sowie Berichtsfahrer können eingeführt werden.

20. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Wende, Kolonnenstr. 147, Vortrag des Genossen Bürgermeisters Karl Fiedler: „Die kommenden Wahlen“. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

22. Wkt. 8 Uhr Wahlabend bei Senfel, Ullrichstr. 10; Raban, Weißbierstr. 43; Scholz, Fehrer, Ecke Schornsteinstraße.

24. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulanstalt Weinersdorfer Str. 18, Vortrag des Genossen Rühlmann: „Auf zur Wahl!“

25. Wkt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im kleinen Saal des Sozialhaus Fiedlerstraße. Vortrag des Genossen Falkenberg: „Die Parteien im Wahlkampf“.

27. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulanstalt Sonnenburger Str. 20, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Heilmann.

30. Wkt. 7 Uhr Wahlabend: Bezirke 940-943 bei Voigt, Endener Str. 108; Bezirke 943-946 bei Schmidt, Doppelallee 64; Bezirke 961-964 bei Hoffmann, Endener Str. 8; Bezirke 971-979 bei Wollkopf, Carmin-Graben-Straße 128; Bezirke 980-a-c bei Reuhdt, Wilmersstr. 56.

61. Wkt. 7 1/2 Uhr Wahlabend: Reihner, Schindlerstr. Ecke Schönhafer Straße; Goldschmidt, Stolpische Str. 36; Rhen, Schötenhainer Str. 22; Wilbroth, Weidenholzer Str. 96.

32. Wkt. 7.00 Uhr, Mittwoch, zur öffentlichen Berichterstattung muß die Wahlkommission um 6 Uhr pünktlich zur Stelle sein.

33. Wkt. Die Mitglieder der Wahlkommission treffen sich 7 1/2 Uhr in der Schulanstalt Hohenlohestr. 10. - Andere Sitzungen dürfen an diesem Tage nicht besucht werden.

Abendfeier

für Leserinnen und Freunde der Frauenwelt
Mittwoch, den 26. November, abends 7 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide, Saalöffnung 6 Uhr

Richtl. Leitung: Fräulein Klara Krause; Mitm.: Klara Krause/der Frauenchor, Herr Theo Maret, Regitationen u. Ansprache: Frau Adele Schreiber-Krieger

- Programm:**
- 6 Lieder und Romanen für Frauenchor a cappella op. 14. Joh. Brahms
 - a) Nun trehen die Rosen in Blüten
 - b) Im Wald bei der Weiden
 - c) Und ach du über den Kirchhof
 - d) Rinnelied
 - e) Die Braut
 - f) Der Bräutigam
 2. Ansprache: Mutter und Kind. Adele Schreiber-Krieger
 3. 3 Gesänge für Frauenchor o. 17. mit Klavierbegleitung. Robert Rahn
 - a) Zwischenlang
 - b) Im Wasser mag die Lilie
 - c) Brantlieb
 - d) Sag' an o lieber Vogel mein
 - e) Der Weiber
 4. Regitationen. Klara Müller-Jahns
 - a) Den Frauen Schmel
 - b) Der Würtener Gieseler
 - c) Logische Brüche Kellner
 - d) Kantschkeit der Tiere Kellner
 - e) Das Mutter der Erde Kellner
 - f) Faulheit Kellner
 - g) Treuen der Gutslichkeit Kellner
 5. fünf Volkslieder: Joh. Brahms
 - a) Im stillen Wald a b 18. Jahrh.
 - b) Im mein' Gebirge a b 18. Jahrh.
 - c) Kantschkeit der Tiere a. b 16. Jahrh. Halbstarke Donati
 - d) Da unten im Tale gefest u. G. Reiderhoff
 - e) Ketten lassen D. Nicolai
- Am Klavier: E. Friede Dieberich

(Die für die Abendfeier am 17. Oktober im „Friedrichshain“ verkauften Programme, auf die wegen Ueberfüllung kein Einlaß gewährt werden konnte, haben für diese Veranstaltung Gültigkeit)

Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind zu beziehen im Bureau des Bezirksverbandes, Lindenstr. 3. 2. Hof 2 Treppen, Zimmer 1 und an der Abendkasse.

- 36. Wkt. 7 1/2 Uhr** in der Schulanstalt Petersburger Str. 4, Vortrag des Genossen Wende über „Reichstagswahl und Sozialdemokratie“. Gäste willkommen. - Wahl und Alter heranziehender Kinder, die an der am 27. Dezember stattfindenden Weihnachtsfeier teilnehmen, sind umgehend dem Abteilungsleiter mitzuteilen.
- 37. Wkt. 7 1/2 Uhr** Funktionärssitzung bei Weiser, Hansburgstr. 2.
- 38. Wkt. 7 1/2 Uhr** in Schmidt's Gesellschaftsraum (unterer Saal) Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Rühlmann: „Der 7. Dezember und die Arbeiterfrage“.
- 39. Wkt. 7 1/2 Uhr** in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Vortrag des Genossen Friedrich Wendel. - 6 1/2 Uhr Funktionärssitzung.
- 41. Wkt. 7 1/2 Uhr** in der Schmeißer, Kolonnenstr. 39, Vortrag des Genossen Heilmann: „Die Aufwertung der Sportplatzguthaben“. Gäste können eingeführt werden.
- 42. Wkt. 7 1/2 Uhr** in den Bülcherhallen, Bülcherstr. 61, Vortrag des Genossen Heinrich Keller.
- 43. Wkt. 7 1/2 Uhr** bei Kuba, Fiedlerstr. 19, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Wende. - Aktion, Dienstag, öffentliche Frauenversammlung.
- 44. Wkt. 7 1/2 Uhr** in der Schulanstalt Wangelstr. 83, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Der 7. Dezember“.
- 45. Wkt. Bezirksführer:** Mittwoch zwischen 5 und 7 Uhr Samstags abholen vom Genossen Fiedler.
- Charlottenburg.** **36. Wkt. 7 1/2 Uhr** Mitgliederversammlung in der Schulanstalt Hohenlohestr. 10. - 41. Wkt. Vortrag des Genossen Friedrich Wendel: „Die Wahlkampfbilder“. - **57. Wkt. 7 1/2 Uhr** Anteilungsverammlung bei

Thunol, Bielefeldstr. 4, Vortrag des Genossen Dr. E. Rosenow. - **38. Wkt.** Der fünfte Frauenabend fällt aus.

Schöneberg. **77. Wkt. 7 1/2 Uhr** Besprechung der Wahlleiter und Bestellung der Wahlleiter bei Lütjens, Barbarosstr. 3a. Die Funktionäre müssen erscheinen. - **80. Wkt. 8 Uhr** bei Gütlich, Rubens-, Ecke Bogenstraße, Frauenversammlung Vortrag der Genossen Genet.

81. Wkt. Kreuzberg. Pünktlich 8 Uhr Mitgliederversammlung im Fiedlermayer Rathausstr. 85, Gesellschaftsraum. Thema: „Was muß uns der 7. Dezember bringen?“ Referent: Genosse Wende Götting.

82. Wkt. Prenzlauer Berg. 8 Uhr Mitgliederversammlung in der 8. Gemeindefesthalle, Blankenburger Straße (Hala). Tagesordnung: Wahlbesprechung. - Erster: Vorstand, Bezirksführer und Wahlleiter um 7 1/2 Uhr.

83. Wkt. Tempelhof. 7 1/2 Uhr bei Steinmann, Dorfstr. 50, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Reichstagswahl und Aufwertung“.

Schöneberg. **114. Wkt. 7 1/2 Uhr** Wahlabend: 1. Gruppe bei Wilmig, Niederbarnimstr. 8; 2. Gruppe bei Bauer, Krefener Str. 14; 3. Gruppe bei Schwanke, Gahrstr. 17; 4. Gruppe bei Herrner, Wilmersstr. 30. Eintragung der Wahlleiter. - **118. Wkt. 8 1/2 Uhr** Funktionärssitzung bei Kuba, Fiedlerstr. 19. Tagesordnung: „Die Aufwertung der Wahlmaterialien“. Straßenführer und sämtliche Funktionäre müssen erscheinen.

123. Wkt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr im Ziegenhain Funktionärssitzung.

134. Wkt. Prenzlauer Berg. 8 1/2 Uhr beim Genossen Wende Vorstandssitzung. - Die Berichtsfunktionäre müssen auch erscheinen.

141. Wkt. Prenzlauer Berg. Die Genossen befinden sich am Mittwoch abends 7 1/2 Uhr im Dorf Prenzlauer Berg stattfindende Wahlversammlung.

Esterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

18. Wkt. Genosse Gustav Schwanebeck, Bielefeldstr. 7, ist verstorben. Einsegnung Mittwoch 1 1/2 Uhr im Krematorium Gerickestraße.

Jugendveranstaltungen.

Aktion, Abteilungsleiter: Morgen, Mittwoch, müssen unbedingt von allen Abteilungen die Theaterkarten zur Vorhellung am 14. Dezember „Nemus und Julia“ im Theater des Volkes abgeholt werden.

Heute, Dienstag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr:

Wahl II: Gemeindefesthalle am Stephanenplatz. Vortrag: „Gute Hilfe bei Unfallsfällen“. - **Wahl III:** Jugendheim Röggenstr. 18, Heinrich-Heine-Abend. - **Wahl IV:** Lokal „Am Dürwinkel“, Steinbockstraße. Vortrag: „Alkohol und Alkohol“. - **Wahl V:** Jugendheim Schillerstr. 44. Vortrag: „Republik“. - **Wahl VI:** Schule Kaiser-Friedrich-Str. 4. Vortrag: „G. Hauptmann und das deutsche Volk“. - **Wahl VII:** Schwanke-Spektion, Griebenauer Str. 22, Mitgliederversammlung. - **Wahl VIII:** Schule Bismarckstr. 40. Vortrag: „Ludwig Planck“. - **Wahl IX:** Schule Frankfurter Str. 10. Vortrag: „Die gegenwärtige politische Lage“. - **Wahl X:** Schule Heilmannstr. 17. Vortrag: „Reichstagswahl“. - **Wahl XI:** Jugendheim Albrechtstr. 47. Vortrag: „Erziehung und Aufbau der Gewerkschaften“. - **Wahl XII:** (Südl. Viertel): Jugendheim Götliche Str. 51. Hermann-Eden-Abend.

Für den Weihnachtstisch

- Beste Fabrikate, große Auswahl.
- Herren-Anzugstoffe „Kammarn“ Meter 20.-, 15.-, **10.-**
 - Loden-Manchester Meter 8.-, 6.-, **4.-**
 - Marokain, neue Farben, Wolle mit Seide, 110 breit Meter **9.-**
 - Gestreifte und einfarbige Stoffe für Kleider, 105 breit Meter 6.-, 4.-, **2.50**

Koch & Seeland

Gertraudenstraße 20/21 gegenüber der Petzkirche.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! **Achtung!**
Graveure, Ziseleure und Hilfsarbeiter!
Heute, Dienstag, den 25. November, nachm. 5 Uhr, im Lokal von Gwald, Stalliger Straße 120:

Verammlung
Graveure, Ziseleure und Hilfsarbeiter, die in den Betrieben der Zwangsindustrie der Graveure Berlins arbeiten, müssen zeitlos heute erscheinen.

Achtung! Gold- u. Silberschmiede
Mittwoch, den 26. November, nachmittags 5 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 45:

Branchenversammlung
Tagesordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Bericht des Vorsitzenden.

Donnerstag, den 27. November, nachm. 5 1/2 Uhr, im Lokal von Wibe Steglitz, Berlinische Str. 1, am Ruppplatz

Bezirksmitgliederversammlung
des 12. Bezirks.

Tagesordnung: 1. In welchem Zusammenhang stehen die Forderungen der Metallarbeiter mit dem Schwerindustriegegenstand? 2. Verhandlungsgegenstände und Beschlüsse. Mitgliederbuch legitimiert.

Achtung! Drahtbinder **Achtung!**
Donnerstag, den 27. November, abends 7 Uhr, im Lokal Schneider, Dülfer, Ecke Jördenboer Straße:

Branchenversammlung
Tagesordnung: 1. Die Auswirkung des neuen Lohnabkommens. 2. Disziplin. 3. Verhandlungsgegenstände.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Achtung!**
Donnerstag, den 27. November, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85, Kulgang III, 2 Treppen:

Verammlung
aller Dreher-, Werkzeugmacher- und Maschinenbau-Bezirge.

Tagesordnung: 1. Wahlleitersitzung. 2. Besprechung über die Erhellungsverhältnisse in den Betrieben. 3. Tagesbesprechung! Zu dieser Besprechung erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Die Jugendkommission.

Kauf- und Miete
Ansbacher Str. 1, 1. Etage

Statt teuren Kaffees

QUALITÄTS- POLJA MISCHUNG

Mit 20%, 40% u. 50% Bohnenkaffee

Ersetzt den teuersten Bohnenkaffee! Enthält viel Bohnenkaffee! - Schmeckt wie Bohnenkaffee! - Ist sehr billig und sparsam! - Überall erhältlich!

Kaffee-Handels-Gesellschaft
Steinberg & Mertens
Berlin N.W. 47 Fernruf 1.0200 1208

Rum Jamaica Rum-Verkehr

Reizen Sie sich am vorzuziehenden Rezept:

1/2 Liter Weingeist (Spiritus Vini 96%)
1/2 Liter Wasser gut vermischen mit
1 Fl. Reichel's Jamaica Rum - Verkehr's
Offene Marke „Hänken“.

Prüfen Sie das ausgeprägt edle Rum-Aroma, welches besonders bei der Tee- und Ergetränklichkeit in voller Stärke und edler Duftstoffe hervortritt. Auch lassen sich mit den echten Reichel-Essenzen gute Cocktails für halben Preis herstellen. Erhältlich in Drogerien und Apotheken, aber sehr nur mit Marke „Hänken“. Dr. Reichel's Rezeptbuchlein dabei umsonst oder kostenlos durch Otto Reichel, Berlin 41: 40, Eisenbahnstr. 4

Parzellen
in Motzenmühle von 100 - an K. B. Berlin, Arndtstr. 44.

Hecht **Möbel**
Speise-, Herren-, Schlaf-, zimmer, Küchen, Klub-, garnituren, Einzelmöbel äußerst preiswert
Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung
S. Dorn, Berlin
Weinmeisterstr. 9

Immer frisch. Überall erhältlich.

Preis pro 1/2 Pfd. nur 50 Pfg.

Rahma
MARGARINE
buttergleich

Das Beste ist gerade gut genug.
Drum kauft jede sparsame Hausfrau

Rahma-buttergleich
und keine andere.

Man verlange beim Einkauf von „Rahma - buttergleich“ gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco“.

Pianos
201
Miete
Ansbacher Str. 1, 1. Etage

Vorwärts-Inserat
verbürgen Erfolg!

Wenn Husten, Heiserkeit Sie plagt, so nimm „Bronchiol“, das nie versagt.

Deutschlands führendes Hustenpräparat

Bronchiol flüssig, **Bronchiol** Tabletten

ist ärztlich bewährt anerkannt: bei Erkrankung der Atemwege, wie Keuchhusten, Entzündung der Bronchien, Keuchhusten u. Nachkur der begünstigten Keuchhustenanfälle.

Erhältlich in Apotheken. Erhältl. i. Apothek. u. Drogerien.

Vertreter: Paul Grundmann, Friedrichstr. 208, Ztr. 11166, Grosse-Niederlagen.

Th. Teichgraber, Akt.-Ges., F. Reichel, Akt.-Ges.

Befoldungspolitik vor der Wahl.

Von Th. Rogur.

Darüber, daß die wirtschaftliche Lage weiter Schichten der Beamten unerträglich geworden ist, gibt es in ganz Deutschland keine Meinungsverschiedenheiten. Selbst das Ausland, dem wir Reparationen zu leisten haben, ist über die unhaltbaren Gehaltsverhältnisse der deutschen Beamten unterrichtet. In dem Sachverständigengutachten des ersten Komitees hieß es bekanntlich: „Die Befoldung des Personals, besonders der höheren und mittleren Beamten ist ganz ungenügend, und es ist notwendig, das Personal nach dem Wert seiner Arbeit zu bezahlen, wenn eine gute Geschäftsführung erwartet werden soll.“ Ist nun, nach dem Gutachten der ausländischen Sachverständigen, die Befoldung der höheren Beamten „ganz ungenügend“, dann ist die der unteren Beamten, die nur den siebenten Teil und weniger von dem haben, was ein Ministerialrat erhält, geradezu trübsalig zu nennen. Aber noch schlimmer ist das Verhältnis für die Diätare, Beamten im Vorbereitungsdienst, Pensionäre usw., die mit gewissen Prozentsätzen des Gehalts der planmäßigen Beamten oder mit sogenannten „Bergütungen“ abgefunden werden.

Die jetzt mit Wirkung ab 1. Dezember beschlossenen Gehaltsaufbesserungen bringen nach den amtlichen Berechnungen dem ledigen Beamten der Befoldungsgruppe III (Schaffner) 96 Proz. seiner Vorkriegsbezüge. Der mit dem Schaffner vergleichbare Diätar erhält laut „Diätenordnung für euerplanmäßige Beamten“, sofern er Zivilanwärter ist, von diesen 96 Proz. nur 70 bis 95 Proz. des Anfangsgrundgehalts der Befoldungsgruppe III, und zwar je nachdem er sich im 1. oder 5. Diätenjahr befindet. Ist der Diätar Militär-anwärter, erhält er 80 bis 95 Proz. In der Praxis erhält nach dem neuesten Befoldungsstand (ab 1. Dezember 1924) der Eisenbahnschaffner in Berlin im Anfangsgehalt rund 133 M. pro Monat, der Diätar der Befoldungsgruppe III, wenn er Zivilanwärter ist, rund 93 M. und, falls er das Glück hat, Militär-anwärter zu sein, 107 M. Die neueste, im vorstehenden Beispiel bereits eingerechnete Zulage beträgt für den ledigen Schaffner 10,50 M. pro Monat. Der gleichartige verheiratete Beamte erhält zu dieser Zulage noch eine weitere in Höhe von je 2 M. pro Monat für die Frau und jedes Kind. Sein Anfangsgehalt setzt sich demnach zusammen aus 133 M. (Grundgehalt, Wohnungsgeld und 5 Proz. örtlichen Sonderzuschlag) + 12 M. Frauenzuschlag + 38 M. Kinderzuschlag (2 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren) = 183 M.

Daß bei diesem unzureichenden Gehalt der ledige und der verheiratete Beamte sowie der Diätar um die Wette hungern, bedarf keines weiteren Beweises. Die Reichsregierung läßt nicht einmal die Indizes der statistischen Reichsamtes gelten, obwohl diese gegenüber der Vorkriegszeit um 25 Proz. höhere Haushaltstendenzen nachweisen. Dazu kommt aber noch, daß die Indexberechnungen des statistischen Reichsamtes ein einseitig gefärbtes Bild zugunsten der Regierung zeigen und beispielsweise um mehr als 20 Proz. hinter dem Berliner Kleinhandelsindex zurückbleiben. Unter Zugrundelegung der Reichsindexziffern müßten die Beamtengehälter um 25 Proz. den Vorkriegsstand überschreiten, unter Berücksichtigung der Berliner Index, die die wirtschaftlichen Verhältnisse richtiger wider spiegeln, sogar um 40 Proz. Den letzteren Prozentfuß forderten übrigens die Beamtenorganisationen bei den letzten Verhandlungen für die Beamten der Befoldungsgruppen I—VI und blieben dabei in verständnisvoller Weise hinter dem zurück, was die Reichsregierung auf Grund amtlicher Indexberechnungen ganz automatisch den Beamten gewähren müßte.

Nach den Erklärungen der Regierung wurden durch die vorliegende Befoldungsregelung im Juni die Gehaltsätze auf durchschnittlich 80 Proz. des Vorkriegsstandes gebracht. Die Forderung der Gewerkschaften, die Bezüge der Gruppen I—IV um 40 Proz. zu erhöhen, hätte bei ihrer Verwirklichung die Gehälter annähernd auf den im Oktober ermittelten Indexstand gebracht. Was die Regierung jetzt den unteren und mittleren Beamten anbietet, illustriert wie immer recht drastisch die Befoldungspolitik des leider noch immer allmächtigen Reichsfinanzministeriums. Wenn irgendwo im politischen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands für alle Welt sichtbar in Erscheinung tritt, daß wir uns seit den Novembertagen 1918 in einer rückwärtigen Entwicklung befinden, so auf dem Gebiete der Befoldungspolitik. Das Streben der deutschnationalen Befoldungspolitik des Reichsfinanzministeriums ist zielbewußt darauf gerichtet, die Beamtenverhältnisse der Vorkriegszeit mindestens insofern wieder herbeizuführen, als den höheren Beamten ihre rechtlichen und materiellen Privilegien gesichert werden. Dieses zielbewußte Streben wurde insbesondere vom letzten Reichstag, gewollt oder ungewollt, gefördert, so daß der Erfolg nicht ausbleibt.

Ein Beispiel: Am 23. Juli wurde der Antrag der SPD., dem Reichsfinanzminister die Ermächtigung zur selbständigen Regelung der Befoldung zu entziehen, gegen die Stimmen der deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten abgelehnt.

Gestützt auf diese Ermächtigung hat das Reichsfinanzministerium mit Wirkung vom 1. Juni 1924 eine Befoldungsregelung vorgenommen, die den Beamten der unteren Befoldungsgruppen 17 Proz. Erhöhung und den Beamten der Gruppe XIII 71 Proz. brachte. Die Beamten der Gruppen II und III erhielten monatliche Zulagen von 14,50 und 16 M., die Beamten der Gruppe XIII dagegen 332 M. Als dann ein Sturm der Entrüstung durch die Beamenschaft setzte und überall im Lande Widerhall fand, da erfolgte jene sornige Korrektur, die den Beamten der Gruppen II—VI Nachzahlungen in Höhe von 2 bis 8 M. pro Monat brachte. Die Spannungsverhältnisse erreichten durch diese Regelung annähernd den Vorkriegsstand. Das Verhältnis zwischen den Befoldungsgruppen III und XIII war vor dem Kriege 1 : 7,5; es stellte sich am 1. April 1920 auf 1 : 3,4 und am 1. Juni 1924 wieder auf 1 : 7.

Um das erstrebte Ziel, die Spannungsverhältnisse der Vorkriegszeit völlig zu erreichen, mußte sogar die letzte Ortsklassenregelung herhalten. Das Reichsfinanzministerium verstieg sich zu der Behauptung, die geltenden Ortszuschläge sicherten den Beamten der unteren Gruppen ein sehr reichlich bemessenes Wohnungsgeld, während es den höheren Gruppen nur einen Wohnungszuschuß gewährte. Die im Wege des

Diktats zustandgekommene neue Ortsklasseneinteilung gewährt den Beamten ab 1. November ein Wohnungsgeld je nach der Höhe des Grundgehaltes und der Größe des Wohnortes, das zwischen 1788 M. = 85 Proz. von 2100 M. und 114 M. = 85 Proz. von 132 M. schwankt. Zum besseren Verständnis sei darauf hingewiesen, daß die frühere Regelung der Ortszuschläge als niedrigsten Satz 60 M. und als höchsten 300 M. vorsah.

Wir haben in den vorstehenden Ausführungen nur einige Abschnitte aus dem Befoldungsproblem der Nachkriegszeit

Deutschnationaler Aufmarsch.



„Wir halten fest und treu zusammen — Hepp-hepp-hurra!“

handelt. Sie genügen aber völlig, um allen Beamten des Reiches, der Länder und Gemeinden, soweit sie den unteren und mittleren Befoldungsgruppen angehören, zu zeigen, daß auf dem von der Reichsregierung jetzt beschrittenen Wege eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht zu erwarten ist. Sollen die durch die Befoldungsreform des Jahres 1920 geschaffenen Anlässe zu einer Befoldung nach sozialen Grundgesetzen völlig verschwinden, dann braucht die Beamenschaft nur weiter abzuwandern in das Lager der politischen Reaktion. Wollen aber die der Zahl nach ausschlaggebenden Beamten der unteren und mittleren Gruppen für sich und ihre Familien menschenwürdige Existenzverhältnisse herbeiführen, dann müssen sie nicht nur vernünftige gewerkschaftliche Aufbaubarbeit leisten, sondern darüber hinaus den reaktionären politischen Parteien die Gefolgschaft versagen. Gelingt es, einen Reichstag zu wählen, dem die Reichsparteien als einflussreiche Minderheit angehören, dann kann den Beamten nach langer und schwerer Leidenszeit endlich geholfen werden.

Das wahre Schwarz-Weiß-Rot.

Wartschneidungskonkurrenz.

In den ergötlichen Wartschneidertreit zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen um die schwarzweißrote Wahlfahne mischt sich nun auch die Industriellen-Vereinigung der völkischen Herrn Bang. Sie mischt ebenfalls Konkurrenz auf die schwarzweißrote Wahlfahne an und erhebt die beiden anderen Konkurrenten mit der üblichen Versicherung, sie seien beide nicht echt. Sie deklarieren das einzig echte Schwarz-Weiß-Rot:

„Sie gewinnen nur dann Sinn und Bedeutung, wenn sich in ihnen der bewußte Gegensatz zu der unhaltbaren und verhängnisvollen Auffassung kundgibt, daß der Dawes-Bericht die geschmacklose Unterlage der kommenden deutschen Politik und Wirtschaftspolitik“ und daß die deutsche Wirtschaft nur im Wege der „lokalen Erfüllung“ und der „Einstellung auf den Dawes-Plan“ zu retten sei. Sie gewinnen nur dann sittlichen Inhalt und politische Bedeutung, wenn sie dem Entenkapiälsismus und seinem Helfershelfer, dem Marxismus gegenüber den Gedanken der schärfsten Abwehr in dem Sinne enthalten, daß es ohne Befreiung vom Dawes-Plan und dem Friedensvertrag von Versailles, ohne Kampf gegen die Kriegsschuldfrage als die Grundlage jener beiden Verfassungskonkurrenz keine Befreiung vom Marxismus und keine Zukunft für das deutsche Volk und seine Wirtschaft gibt.“

Das völkischparteiliche Schwarz-Weiß-Rot ist also in der Farbe nicht echt, und das deutschnationale Schwarz-Weiß-Rot ist auch ein verdächtiger Bastard. Wenn im Wahlkampf künftig einer von der Rechten mit der schwarzweißroten Wahlfahne arbeitet, so wird man ihn fragen müssen, welche Spielart er denn eigentlich meint. Es könnte ja sein, daß inzwischen noch mehr Spielarten aufstauen, und wer kann sich denn noch in der nuancierten Farbenpracht auskennen?

Schwarz weiß rotes Bilderbuch.

Paß schlägt sich — Paß verträgt sich.

Die Angst bringt sie um, die deutschnationalen und deutschvölkischen Heiden. In der Kasse der Haltenkreuzer völliger Dalkes, bei den Deutschnationalen der Ausbruch einer Briefschreib-Wante, um der Massenflucht aus dem deutschnationalen Lager Einhalt zu tun. Da wird die Post ein hübsches Geschäft machen, wenn vor dem 7. Dezember jeder bisherige deutschnationale Wähler durch einen Fieß- und Bittbrief beschworen werden soll, das sinkende Schiff nicht zu verlassen.

Die Angst bringt die schwarzweißroten Herrschaften um. Deshalb treffen sie sogar, wie erst jetzt wieder in West-Obersachsen, überall Abkommen, um den Kampf gemeinsam gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu führen.

Da haben sie sich nun gegenseitig heruntergemacht, und besonders die Völkischen haben nach dem großen Unfall der Deutschnationalen bei der Abstimmung über das Dawes-Gutachten sich in der Beurteilung der Deutschnationalen gar nicht genug tun können. Und heute geht die saubere Stippstift wieder Arm in Arm!

„Die größte Schmach haben deutsche Männer am Tage von Lammenberg ihrem eigenen Volke angetan, als sie den Glauben an Ehre, den Glauben an Treue, den Glauben an deutsches Manneswort schändlich verrieten. Nicht nur die 49, die ihren Namen hergaben, um den schändlichsten Fronvertrag der Weltgeschichte anzunehmen, auch die übrigen, die Hergit, die Westary und alle die anderen sind schuldig.“ „Wären die Reinsinger Männer, so hätten sie sofort zwischen sich und den Annehmern des Eisenbahngesetzes das Tischtuch zer schneiden müssen.“ „Da deutsches Volk kennt den Rabelungenverrat! Du brauchst heute in Sage und Geschichte nicht mehr so weit zurückzuschweifen, um ein Musterbeispiel des Treubruchs zu finden. So lange der schützende Mantel des Schutzes nicht die Schande der deutschnationalen Führerschaft verhüllt, sei es dir zugerufen: Du würdest verraten gegen die Silberlinge schöngepolierter Ministerstühle. Die schwarzweißrote Fahne ist von der deutschnationalen Reichstagsfraktion entweiht.“

Und heute? Heute führen die Männer des Rabelungenverrats und die Entrüsteten von damals den Kampf gemeinsam für die Entweihte schwarzweißrote Fahne. In den offiziellen Aufrufen kennen die Herrschaften einander nicht. Aber draußen im Dreck ihres schmutzigen Wahlkampfes finden sich die schönen Seelen. Es gibt noch Charaktere!

Fort mit Ebert!

Der Reichspräsident muß fort — er lebt schon viel zu lange an seinem Amt — so schallt es aus der Reichspresse. Stellen wir fest, wie es um die Neuwahl des Reichspräsidenten steht.

Am 11. Februar 1919 wurde Genosse Ebert von der Nationalversammlung in Weimar zum Reichspräsidenten gewählt. Am 21. August 1919 leistete er den Eid auf die inzwischen angenommene Verfassung. Das war eine „vorläufige Wahl“. Nach den Bestimmungen der Verfassung sollte Genosse Ebert sein Amt verwalteten bis zum Amtsantritt des „vom ganzen deutschen Volk“ zu wählenden ersten Reichspräsidenten. Die definitive Wahl konnte einstweilen nicht vorgenommen werden, weil die Grenzen des Deutschen Reichs und also auch der staatsrechtliche Begriff „das ganze deutsche Volk“ noch nicht feststanden. Aus diesem Grunde haben die Reichsregierung und der Reichstag das wiederholt vom Genossen Ebert ausgesprochene Verlangen, die verfassungsmäßige Wahl des Reichspräsidenten vornehmen zu lassen, als juristisch unerfüllbar bezeichnet.

Im Herbst 1923 war diese Zeit aber endlich gekommen. Am 5. Oktober richtete der Reichsminister des Innern an den Reichspräsidenten des Reichstags ein Schreiben, in dem dieser ersucht wurde, entsprechend den Bestimmungen der Verfassung den Wahltag festzusetzen. Die Reichsregierung schlug den 3. Dezember als Wahltag vor. Dieser Vorschlag war nach Rücksprache mit den Führern aller Parteien gefaßt worden; die sich — mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei — sämtlich dafür ausgesprochen hatten. Die Deutsche Volkspartei, die vor dem ebenfalls die halbe Wahl verlangt hatte, trat jetzt für Verschiebung bis zum Frühjahr 1924 — dem Termin der Reichstagswahl — ein. Im Laufe der verschiedenen Verhandlungen stellten auch Zentrum und Demokraten auf die andere Seite, auch sie erklärten sich nun für die Hinusschiebung der Wahl. Während die Deutsche Volkspartei erklärt hatte, daß sie unter keinen Umständen für Ebert stimmen werde, hatten Zentrum und Demokraten zu erkennen gegeben, daß sie sich für die Wiederwahl Eberts einsetzen würden. Einen geeigneten Kandidaten hatte noch keine der bürgerlichen Parteien. Außer den Sozialdemokraten waren nur noch die Deutschnationalen für die Wahl am 3. Dezember. Unter diesen Umständen war zu erwarten, daß die für Hinusschiebung eintretenden Parteien an einer gegen ihren Willen angefochtenen Wahl sich nur sehr schwer beteiligen würden. So entschlossen sich denn auch unsere Parteigenossen, einer Vereinbarung zuzustimmen, die dahin ging, daß eine Verfassungsänderung vorgenommen werden sollte, wonach Ebert als definitiver Reichspräsident bis zum 30. Juni 1925 im Amt bleibt.

Der Beschluß des Reichstags vom 29. Oktober lautet der obigen Vereinbarung gemäß. Mit Ausnahme der Kommunisten und der Deutschnationalen stimmten dem Antrag alle Parteien — mit 391 gegen 76 Stimmen — zu. Aus der Debatte, die diesem Beschluß vorausging, mögen einige Sätze der Parteiführer hier Raum finden, welche die Bewegungen der Gegner klären:

Abg. Marx (Zentrum, der jetzige Reichstanzler) sagte u. a.: „Der bisherige Reichspräsident hat es verstanden, in der Ausübung seines Amtes sich vollkommen zu lösen von den durch seine politischen Anschauungen gezogenen Grenzen und das ganze Volk zu vertreten. Die Sympathien, die ihm diese Geschäftsführung eingetragen hat, können nicht abgezogen werden. Die von gewissen Kreisen über ihn mit Absicht verbreiteten gemeinen und niederträchtigen Verleumdungen sind im Laufe der Zeit verschwunden, ein Beweis für seine einwandfreie Amtsführung.“

Abg. Stresemann weist die Behauptung Hergits, die Sozialdemokratie habe die Hinusschiebung der Wahl angezettelt, zurück. Wenn Herr Hergit die Einigkeit des Volkes wolle, dann hätte er das anders anfangen müssen als durch seine heutige Redeweise. Er fuhr fort:

Auch der damalige Reichstanzler Dr. Wirth nahm das Wort und bedauerte die Rede des Herrn Hergit, der behauptet halte, der Reichspräsident habe Reis nur für seine Partei geforgt. Der Reichstanzler bestreitet dies auf das entschiedenste. Und dann sagte er:

„Die Sozialdemokratie hat zuerst und bis jetzt auf die Neuwahl des Reichspräsidenten am 3. Dezember gedrungen. Herr Hergit meint, für unruhige Zeiten brauche das deutsche Volk einen unparteilichen Präsidenten. In unruhigen Zeiten hat es uns in den letzten Jahren und Monaten nicht gefehlt und Millionen deutscher Bürger sind dem Reichspräsidenten dankbar dafür, daß er immer dann auf seinem Posten war, wenn sich Unruhen zeigten. Gerade in den schweren Augenblicken der letzten Monate war der Reichspräsident in seiner besonnenen Ruhe tatsächlich der Helfer aus der Not.“

Herr Wirth betonte dann noch, daß gerade der Reichspräsident selbst immer auf die Wahl gedrängt habe.

So sehen in Wirklichkeit die Dinge aus, die im jetzigen Wahlkampf von den Deutschnationalen, auf die Vergeßlichkeit der Wähler bauend, in verlogener Weise dargestellt werden. Verleumdung, persönliche Berührung, Lüge und Fälschung — das sind die Waffen, mit denen die Reichsparteien den Wahlkampf führen.

Wirtschaft

Konsumvereine und Zuckerwirtschaft.

Die deutschen Konsumvereine besitzen zwar noch keine Zuckerfabriken, um auf die Preisbildung dieses wichtigen Nahrungsmittels und Genussmittels vom genossenschaftlichen Produzentenstandpunkt aus im Interesse der Verbraucher einwirken zu können. Und doch ist die organisatorische Macht der Genossenschaften so stark geworden, daß sie es auf diesem, der Kartellierung in stärkster Weise anheimgefallenen Wirtschaftsgebiet vermocht hat, willkürliche Preissteigerungen zu verhindern bzw. wieder rückgängig zu machen. Wie folgendes Beispiel zeigt.

In der ersten Hälfte des Jahres 1924 bestand noch ein Einfuhrverbot für Zucker, welches sich die kartellierte Zuckerindustrie zunutze machte und den Zuckerpreis um 25 Prozent über den Weltmarktpreis steigerte. Der deutsche Verbraucher mußte 54 M. per 100 Kilogramm ohne Inlandssteuer bezahlen, während die Zuckerindustrie aus dem Export nur 42 M. per 100 Kilogramm ohne Steuer erlöste. Man zahlte also für den gleichen Zucker in Deutschland 12 M. pro 100 Kilogramm mehr als im Ausland. Die Steuer beträgt 21 M. für den Doppelpentner, die Hausfrau bezahlt also bei 1 Pfund Zucker 10,5 Pfennig Steuer, was zu allerhand mahlpolitischen Betrachtungen Veranlassung geben dürfte.

Dies Einfuhrverbot nun, das sich die Zuckerbarone und Aktionäre zunutze machten, war an sich vollkommen sinnlos, denn die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung war schon so gesunken, daß schon die Inlandsproduktion an Zucker von ihr gar nicht mehr aufgenommen werden konnte. Von der Regierung wurde nun das bevorstehende Ausfuhrverbot auf Drängen der Zuckerindustriellen aufgehoben, das Einfuhrverbot aber nicht, und so entstand die Möglichkeit, die Preise im Inland auf 25 Prozent über den Weltmarktpreis zu steigern.

Dies gab der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (Hamburg), die sehr stark an der Zuckererzeugung der Konsumvereine und damit der deutschen Bevölkerung beteiligt ist, Veranlassung, am 30. Juli 1924 den Antrag an die Regierung zu stellen, auch das Einfuhrverbot für Zucker aufzuheben. Am 6. August wurde das Verbot in der Tat aufgehoben, und der deutsche Zucker folgte dieser Maßregel mit einer Senkung auf den Weltmarktpreis, wodurch allein für die Monate August und September eine Ersparnis von 24 Millionen Goldmark zugunsten der Zuckerverbraucher erzielt wurde. Selbstverständlich ließen die Zuckerindustriellen Sturm gegen die Aufhebung des Einfuhrverbots; verläufig erfolglos.

Es zeigt sich also, daß die Konsumvereine, die die Grundlage der Hamburger Großverkaufsgesellschaft bilden, in einer sehr wesentlichen Frage nicht nur das Interesse der genossenschaftlich organisierten Verbraucher wahrnehmen und wahrzunehmen in der Lage waren, sondern das der Verbraucher überhaupt.

Wie notwendig dieser Schutz ist, zeigt die weitere Tatsache, daß die Zuckerpreise in Deutschland noch immer 50—100 Prozent höhere sind als in Vorkriegszeiten. Kaffeebohnen kosteten im Jahre 1913/14 der Zucker ohne Steuer 22—25 M. per Doppelpentner, der Zucker alter Ernte (1923/24) aber 46—50 M.; für solchen neuer Ernte werden von den Produzenten 35—38 M. verlangt.

Nun kommt dazu, daß auf Betreiben der Zuckerindustrie in dem famosen Geheimverbot über die Wiedereinführung der Rohzuckerzölle der Zucker mit einem Zoll von 40 M. per Doppelpentner bestraft werden sollte. Und auch bestraft werden wäre, wenn nicht die Sozialdemokraten und Demokraten für das Aufheben des Reichstags gekämpft hätten. Der Zuckerpreis in Deutschland würde also mit einem Zoll von 40 M. und einer Inlandssteuer von 21 M. „bedacht“ sein und die Zuckerindustrie hätte das Heißt der willkürlichen Preisbildung wieder in die Hand bekommen. Denn die Zollbelastung hätte den Weltmarktpreis um 19 M. höher getrieben — diese „Zuckerprämie“ hätte der deutsche Verbraucher zu zahlen gehabt. Was bei 13 Millionen Doppelpentnern Inlandsverbrauch nahezu 250 Millionen, also eine Viertelmilliarde Goldmark Belastung in einem Jahre ausmacht. Die Agrarier und die Industrie hätten ihre „Liebesgabe“ aus den Händen der Republik ebenso fruchtlos entgegengenommen, wie aus denen des wilhelminischen Kaiserreiches.

Auch dieses Beispiel zeigt neben der Bedeutung der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation die Gefahr eines — Bürgerblutkrieges mit Rostauer Steigbügelhaltern. Die Genossenschaftsbewegung hat das stärkste Interesse daran, daß die Sozialdemokratie absolut bestimmenden Einfluß auf die Regierungspolitik im neuen Reichstag erhält. Denn die dadurch zu erwartende Förderung des Konsumvereinswesens wäre nicht nur Volkswirtschaft im wirklichen Sinne des Wortes gegenüber der tatsächlichen Kapitalwirtschaft, sondern es würde auch die beste Preispolitik sein, wenn die Konsumvereine ihrerseits bestimmenden Einfluß auf die Preisbildung erlangen würden.

Wie man sieht, hängt die genossenschaftliche Wirtschaftspolitik sehr eng mit den allgemeinen Wirtschaftsfragen zusammen, und das Interesse an einem einwandfrei demokratisch und sozialistisch gerichteten Reichstag ist für die Konsumvereine ebenso stark wie für die Wirtschaft des Volkes überhaupt.

Woraus die Konsumvereinsmitglieder und ihre Hausfrauen am 7. Dezember die nötigen Folgerungen ziehen werden. —ff.

Schutz Zoll oder Freihandel in der gegenwärtigen Weltlage.

Ueber dieses Thema sprach am 21. November Universitätsprofessor Dr. Jostow in der „Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft“. Er Prinzipienstreit „Schutz Zoll oder Freihandel“ ist ein Kampf mit ungleichen Waffen. So charakterisierte der Vortragende die glänzende dialektische Uebertreibung der in sich geschlossenen Handlungstheorie gegenüber der vielfach gespaltenen Begründung der Schutzzölle. Dieser hat man Unrecht, wenn man ihr die merkantilschuldigen Scheinbeweise aus der sogenannten günstigen Handelsbilanz vorwerfe; denn diese Theorie sei aufgegeben. Auch lasse sich der Prinzipienstreit nicht an der klassischen Begründung der „Erziehungsstelle“ auflösen; denn diese seien von dem heutigen Freihandelern angenommen. Der heutige Gegensatz zum Freihandel sei der (seit Bismarck 1878 formulierten) „Schutz der nationalen Arbeit“. Die Frage ist, ob die Völker besser fahren, wenn im Wege der internationalen Arbeitsteilung jedes Volk sich die vorteilhaftesten Arbeitsaufgaben suche, oder, wenn man das Prinzip aufstelle, die vorhandenen Arbeitsbereiche, bloß weil sie einmal vorhanden sind, zu erhalten. Dieser Prinzipienstreit sei an sich absolut nicht zu entscheiden, da es unberechenbar sei, welche anderen als volkswirtschaftlichen Gründe geltend gemacht werden können.

In der gegenwärtigen Weltlage aber, wo neue Etappen zu schaffen und alle in eine veränderte Lage gebracht sind, sei das Suchen der vorteilhaftesten Arbeitsaufgabe für jedes Volk so sehr zu wirtschaftlichen Hauptaufgabe geworden, daß der Freihändlerischen Ideen wie von selbst die Führung zugesallen sei. Insbesondere Deutschland könne die Daves-Lasten, wenn überhaupt, so nur bei Auswahl der vorteilhaftesten Arbeitsaufgabe erschwingen. In diese Tendenz zum Freihandel sei besonderen Gründen Schutzzöllerische Ausnahmen einzutragen sei möglich; sich ihr prinzipiell entgegenzustellen, werde sich als unmöglich erweisen. Nicht jeder mit Recht verlangte Schutz müsse gerade in Gestalt eines Zolles gewährt werden, es gebe andere Hilfen. So für die Landwirtschaft Ertragsprämien, Restorationsbeihilfen, Umgestaltung der Steuerbefreiung, Kredit- und Transporterleichterungen, Genossenschaften, Unterrichts usw.

Reich u. Martin A. G., Berlin-Reinholdend. Die Goldbilanz dieser alten Berliner Maschinen- und Werkzeugfabrik weist 1,2 Mill. Goldmark Kapital und 60.000 Gm. Reserven aus. Die Anlagevermögen und Waren erscheinen mit einem entsprechenden Betrag. Wegen der Vorkriegszeit ist das Stammkapital um 200.000 M. erhöht. Die Inflationsperiode war auch für dieses Werk lukrativ; die Hypotheken und Obligationen sind aus der Goldbilanz ganz verschwunden. Außerdem hat das Werk durch die Beteiligung vom Maschinenbau Reinholdend. 1922 sowohl seinen Grundbesitz verzwanzigfacht als auch eine starke Vergrößerung und Erneuerung erfahren. Die 100prozentige Beteiligung an den Press- und Stanzwertstätten G. m. b. H. wird in der Goldbilanz nicht mehr erwähnt. Auch sie konnte während der Inflation abgeholt werden. Die Reich u. Martin A. G. ist als Maschinen- und Apparatefabrik ganz von der Konjunktur abhängig. Das kommt in der Anspannung ihrer Flüssigkeit auch zum Ausdruck. In den Anleihen dürften bei guter Konjunktur aber erhebliche Reserven mobilisierbar sein.

Franz Seiffert u. Co. A. G. Berlin. Wie die meisten gut geleiteten und technisch gut ausgestatteten Betriebe der deutschen Metallindustrie hat auch die F. Seiffert u. Co. A. G. eine „sehr vorsichtige“ Goldbilanz aufgestellt. Die materielle Substanz wurde in der Kriegs- und Nachkriegszeit außerordentlich stark ausgebaut. 1917 kam eine Werkstofffabrik mit Gasanstalt, 1920/21 eine Armaturenfabrik, eine Lokomotivenreparaturwerkstatt und eine Verandahalle hinzu im Werte von weit über 2 Millionen Goldmark. Demgegenüber wurde das Friedenskapital von 2 Millionen in der Goldbilanz auf nur 2.640.000 M. erhöht. Auch wenn man die notwendigen Abschreibungen berücksichtigt, darf man die Anlagenebewertung mehr als vorsichtig nennen und starke Reserven vermuten. Aus der Friedenszeit lief eine Anleihe mit 500.000 M., seit 1920 eine Anleihe mit 6 Millionen M. Von beiden ist in der Goldbilanz ein Betrag von 59.320 Goldmark gebüchert. Das Uebrige hat die Inflation geblutet. Der Reservefonds ist mit 328.000 Goldmark dotiert, das sind mehr als 10 Proz. des Aktienkapitals. Die Liquidität der Unternehmung ist eine sehr gute. Bei günstiger Konjunktur dürfte die Rentabilität des Werkes eine sehr hohe werden.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittspreis in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

| | | | |
|----------------------------|---------------|------------------------------------|---------------|
| Gerstengraupen, lose | 18,50—24,50 | Kakao, fettarm | 70,00—96,00 |
| Gerstengraupen, lose | 18,50—24,50 | Kakao, leicht entölt | 100,00—128,00 |
| Haferslocken, lose | 20,00—21,50 | Tea, Souchon, gepackt | 320,00—400,00 |
| Hafersgrütze, lose | 21,50—22,50 | Tea, indisches, gepackt | 40,00—470,00 |
| Hafermehl 0/1 | 17,00—19,00 | Inlandsrucker basis mel. | 28,00—32,00 |
| Weizenmehl | 19,25—22,50 | Inlandsrucker Raffinade | 37,25—38,50 |
| Hafermehl | 24,50—29,00 | Zucker Würfel | 36,50—41,00 |
| 70%, Weizenmehl | 19,50—21,75 | Kunsthonig | 32,00—4,00 |
| Weizen-Auszugmehl | 19,50—26,50 | Zuckersirup hell in Elm | 41,00—47,50 |
| Speiseerbsen Viktoria | 13,00—24,00 | Speiseerbsen dunk. in Elm | 28,00—32,00 |
| Speiseerbsen kleine | 16,00—17,50 | Marmelade Einf. Erdb. | 90,00—95,00 |
| Bohnen, weiße, 1. Art | 22,00—21,75 | Marmelade Vierfrucht | 40,00— |
| Langbohnen, handverles. | 23,00—33,00 | Pflaumenmus in Eimern | 45,00—53,00 |
| Linzen, kleine | 18,00—27,00 | Steinsalz, in Säcken | 3,10—3,20 |
| Linzen, mittel | 25,00—37,50 | — | 3,70—4,20 |
| Linzen, große | 37,50—52,25 | Siedesalz in Säcken | 4,40—5,00 |
| Kartoffelmehl | 17,25—21,25 | — | 5,20—5,80 |
| Makkaroni, Hartgrieß | 43,50—58,25 | Bratenschmalz in Tierces | 81,00—91,00 |
| Eiernudeln | 47,00—71,50 | Bratenschmalz in Kübeln | 89,00—91,00 |
| Mehlnudeln | 24,00—27,00 | Purelarb. in Tierces | 85,00—87,00 |
| Bruchreis | 15,75—18,00 | Purelarb. in Kisten | 85,00—89,00 |
| Rangoon Reis | 18,00—20,00 | Speiseerbsen in Packung | 65,00—66,00 |
| Tafelreis, glasiert, Patna | 24,25—32,00 | Speiseerbsen in Kübeln | — |
| Tafelreis, Java | 32,75—42,00 | Margarine, Handelst. I | 65,00— |
| Ringmais, amerik. | 80,00—100,00 | desgl. II | 60,00—63,00 |
| Oetr. Pflaumen 90/100 | 40,00—45,00 | Margarine, Spezialm. I | 80,00—87,00 |
| Pflaumen, entsteint | 72,00—76,00 | desgl. II | 69,00—71,00 |
| Cal. Pflaumen 40/50 | 60,00—65,00 | Molkereibutter I. Fass | 201,00—210,00 |
| Rosinen in Kisten, Candia | 60,00—70,00 | Molkereibutter I. Pack. | 212,00—217,00 |
| Sultaninen Caraburu | 75,00—92,00 | Molkereibutter II. Fass | 180,00—192,00 |
| Korinthen, choice | 65,00—75,00 | Molkereibutter I. Pack. | 185,00—200,00 |
| Mandeln, süße Bari | 195,00—210,00 | Auslandbutter in Fassern | 215,00—220,00 |
| Mandeln, bittere Bari | 200,00—210,00 | Corned beef 12½ lbs p. K. | 40,00—47,00 |
| Zimt (Cassia) | 118,00—120,00 | Aust. Speck, geräuchert | 108,00—128,00 |
| Kümmel, holländischer | 55,00—68,00 | Quadratkräse | 45,00—60,00 |
| Schwarzer Pfeffer Singap. | 125,00—130,00 | Tilsiter Käse, vollfett | 128,00—131,00 |
| Weißer Pfeffer | 173,00—185,00 | Bayr. Emmenthaier | 160,00—170,00 |
| Rohkaffee Brasil | 203,00—228,00 | Echter Emmenthaier | 170,00—178,50 |
| Rohkaffee Zentralamerika | 243,00—310,00 | Aust. ungezuck. Condensmilch 48/16 | 20,50—22,50 |
| Röstkaffee Brasil | 290,00—300,00 | Inländische desgl. 48/12 | — |
| Röstkaffee Zentralam. | 330,00—400,00 | Inl. ez. Condens. 48/14 | 24,50— |
| Röstgetreide, lose | 20,00—22,00 | — | — |

Einführung des Termingeschäfts für Getreide. Der Vorstand der Berliner Börse, Abteilung Produktenbörse, hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, das bereits seit Juli 1914 ruhende Lieferungs-geschäft für Getreide mit den schon vor einiger Zeit mitgeteilten und vom Reichsrat genehmigten Bedingungen ab 1. Dezember wieder aufnehmen zu lassen. Gestattet ist der Handel für alle Monate, vorläufig aber nicht über Mai hinaus. Es werden amtliche Anfangs- und Schlussnotierungen unter Mitwirkung der Kursmakler und je eines Kommissars festgestellt. In Betracht kommen für das handelsrechtliche Lieferungs-geschäft: Weizen, Roggen, Hafer, Mais und Roggenmehl.

Reichsbank und Damesanleihe. In dem Wochenausweis der Reichsbank vom 15. November kommt zum erstenmal die Aufnahme der internationalen Anleihe von 100 Millionen Mark an die Aufnahme zum Ausdruck. Die Bank hat während der zweiten Novemberwoche den größten Teil des Defizitbetrages der großen Anleihe übernommen. Der Gegenwert wurde dem Reiche auf einem der Verfügung des Reparationsagenten unterstellten Sonderkonto bei den „sonstigen Passiven“ der Reichsbank gutgeschrieben. So tauchen jetzt unter den „sonstigen Passiven“ 692 Millionen Reichsmark neu auf, die unter den Aktiven gegengebucht sind. Im übrigen hat sich die Kreditgewährung der Reichsbank in den bisherigen Grenzen gehalten. Zwar ist die Kapitalanlage der Reichsbank um 171 Millionen auf 2249,2 Millionen zurückgegangen und gleichzeitig hat sich auch der Umlauf an Banknoten und Rentenschein erheblich vermindert. Die Kreditlinien sind aber nur deshalb so stark zurückgegangen, weil ein erheblicher Teil der von der Reichsbank angenommenen Wechsel am freien Markt untergebracht, also rediskontiert werden konnte. Die Summe der rediskontierten Wechsel ist damit auf 434,4 Millionen angewachsen. Die Gesamtnotendekung betrug am 15. November genau 56,7 Proz. gegen 53,8 Proz. in der Vorwoche, so daß die Vorkriegsdekung in kurzer Zeit erreicht sein dürfte. Von der Dekung entfallen auf Bargeld allein 42,5 Proz. gegen 40,3 Proz. am 7. November.

Sie kümmern sich nicht um die deutsche Goldwährung... Uns wird geschrieben: Zu den Leidtragenden der Inflationsperiode gehören neben den Rentnern und den zahlreichen Inflationsgünstigern, für die keiner irgend welches Bedauern aufzubringen vermag, in erster Linie die Arbeiter. Nach der Stabilisierung haben die Arbeiter das Vertrauen, daß Deutschlands Wirtschaft wieder in normalen Gang gebracht werden kann, wenn bei fester Währung eine vernünftige Wirtschaftspolitik getrieben wird. Von den Unternehmern kann man nun gerade nicht behaupten, daß sie dieses Vertrauen auch in der Praxis bezeugen. In Fach- und Tagesblättern wird darauf hingewiesen, daß die Weber und Spinner immer noch ihre Preisberechnungen auf Grund ausländischer Basalpreise vornehmen und das Risiko etwaiger Kurschwankungen auf ihre Abnehmer abzuwälzen versuchen. Was soll das Ausland dazu sagen, wenn so bedeutende Wirtschaftskreise des deutschen Inlandes in ihrer geschäftlichen Praxis ein so geringes Vertrauen zu der deutschen Währung bezeugen? Das Verhalten der Spinner und Weber verdient aber noch nach einer anderen Richtung die allerheftigste Kritik. Jedermann in Deutschland weiß, daß in der Textilindustrie und im Textilhandel, die heute mehr denn je auf den Konsum des Inlandes angewiesen sind, das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Preisen als stark abnehmend empfunden wird. Sie erkennen, wenn auch nur gezwungen, die Notwendigkeit eines Preisabbaues an. Die Weber und Spinner aber, die der Textilindustrie das Halbzeug liefern, den etwas angearbeiteten Rohstoff, diese Weber und Spinner verzichten lieber darauf ihre Maschinen laufen zu lassen, als daß sie mit ihren Preisen heruntergehen. Sie berufen sich dabei auf die steigende Tendenz der Baumwollpreise und darauf, daß sie bei den Einkäufen des zu verarbeitenden Rohstoffes nie wissen könnten, wieviel sie für die nächsten zu verarbeitenden Materialien zu bezahlen hätten. Die Weber und Spinner sind im Besitz bedeutender Produktionsmittel. Sie hätten als Unternehmer die Pflicht, nicht bloß an die Ausnutzung dieser Produktionsmittel zu ihrem eigenen Nutzen zu denken, sondern auch an ihre Pflichten der Allgemeinheit gegenüber und an die Pflichten gegenüber dem deutschen Wirtschaftsleben. Sie verhindern aber mit ihrer Preispolitik die Beschäftigung zahlloser Menschen. Sie unterbinden den Umlauf in Textilwaren. Das ganze ist ein Beitrag zu dem kapitalistischen Unternehmertum.

Zu Ihrer Zeit hat man dies noch nicht gekannt!

Heutzutage verwendet selbst die verwöhnte Hausfrau in Küche und Haushalt die Feinkostmargarine „Schwan im Blaубand“, deren Qualität durch unser Kirschenverfahren unter Verwendung auserlesener Rohstoffe allgemein überrascht.

Immer bringt die Welt neue Sachen hervor. Welch eine Verbesserung bildet die Feinkostmargarine „Schwan im Blaубand“ für die Hausfrau. Jetzt kann sie alles fein bereiten. „Schwan im Blaубand“ dankt ihren glänzenden Erfolg dem Kirschenverfahren. Unsere Mutter und Grossmutter haben niemals eine gleiche Qualität gekannt für so einen billigen Preis.

Sie haben „Schwan im Blaубand“ doch auch im Hause? Sie ist überall erhältlich in der bekannten Packung zu **50 Pfennig das Halbpfund.**

Schwan im Blaубand frisch gekirnt



MARS

Eine neue

5 Pfg.

Constantin-Cigarette
übergeben wir dem Gebrauch
und dem Urteil der Raucher.

Wenn wir diese Cigarette beson-
ders empfehlen, so tun wir dieses
in der Überzeugung, in genann-
ter Preisklasse etwas besonde-
res geleistet zu haben.

Reizt das starke - volle Format
allein schon zum Kauf an, so ist
in erster Linie der Wert in der
Mischung edelster Tabake des
Orients zu suchen.

Wer sie einmal versucht hat, wird sie immer wieder rauchen!



KNABENMÄNTEL



Knabenuulster

aus gutem Stoff in vielen schönen
Farben, einreihig

| | |
|-------|------|
| 0-3 | 18.- |
| 4-6 | 21.- |
| 7-9 | 24.- |
| 10-12 | 27.- |
| 0-3 | 21.- |
| 4-6 | 24.- |
| 7-9 | 28.- |
| 10-12 | 30.- |

Knabenschlüpfer

Fischgrätmuster, gute Verar-
beitung, zweireihig

Knabenmäntel

Ulster-Raglanform, Sportform,
aus gutem Flausch, warm, in
mod. Farben 45.-, 40.-, 36.-

30.-

Kieler Pyjacks

in Cheviot, mit Ärmelstickerei
in gut. Flauschstoffen, gediegene
Verarbeitung

| | |
|------|-------|
| 0-3 | 12.50 |
| 4-10 | 13.50 |
| 0-3 | 20.- |
| 27.- | |
| 4-10 | 22.- |
| 30.- | |

Knabenanzüge in verschiedenen Formen und Ausführungen
in großer Auswahl fertig am Lager.

BAER SOHN A.G

Eigene Kleiderwerke nur Chausseestr. 29-30 Eigene Kleiderwerke

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Cosi fan tutte
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Der fliegende
Holländer
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Nathan
der Weise

Gr. Volksoper
8 Uhr:
Martha

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Schneid. Wibbel
Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr:
Othello
Kammerspiele
8 Uhr:
Die tote Tante
und andere
Begebenheiten
Die Komödie
Karlshofstr. 244/207
8 Uhr:
Aimée

Theater u. d. Kneipgrüner Str.
8 Uhr: Der Mann ohne Namen
Th. u. Nollendorferpl.
7.30: Die Geliebte
Sr. Hohelt
mit Fritz Massary
Komödienhaus
8 Uhr: Karussell
Berliner Theater
7.30 Uhr: Cio-cio

SCALA
8 Uhr:
**Variété
Revue**

Residenz-Th.
Heute 8 Uhr:
**Gauner-
liebchen**
Musik. Schwanke
von Pordes-Millo
Musik v. Will Rosen

Kleines Th.
Heute 8 Uhr:
**Tilla Durieux in
FEDORA**
Durieux, Limburg,
Chandon, Weberfeld
Mittw. 4 Uhr klein Pr.
Schneewittchen

Walhalla-Theater
Morgen Mittwoch
nachm. 4 Uhr
Schneewittchen
Kleinpr. v. 20 P. an

Lessing-Theater
Nur noch
wenige Tage!
8 Uhr:
Die große Revue
Wien gib acht!
Mittwoch 4 Uhr kl. Pr.
Hänsel u. Gretel

Deutsch. Künstlertheat.
Tägl. 8 Uhr: Zaza
Lustspielhaus
Täglich 8 Uhr
Geld wie Heu
Neues Operntheater
Tägl. 8 Uhr:
Der Tanz um
die Liebe
Wallner-Theat.
Tägl. 8 Uhr:
David u. Goliath

Th. im Admiralspalast
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Die größte
Revue der Welt!
Noch und Noch!

Central-Theater
7 1/2 Uhr:
G'wissenswurm
Deuts. Opernhaus
8 Uhr:
Parsifal

Metropol-Theater
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gräfin Mariza

Neues Th. am Zoo
Täglich 8 Uhr
Die Frau ohne Schleier
Th. 1. Kommand. Str.
8: Neuest. Schläger
von Hugo Hirsch
Wenn man ver-
liebt ist...
mit Molly Westery
Siegfried Arno
Probe der Pötte: 1-8 Mk.

Trianon-Th.
Täglich 8 Uhr:
Solott'
Erika Gläser,
Jul. Falkenstein

Gr. Kinder-Vorst.
im Trianon-Theat
Mittwoch 4 Uhr
Preis ab 60 Pfg.
Rotkäppchen
dazu d. en. z. Sensat.
Die Zauberbrille

Th. d. Gem.-Turnhalle
Weißensee, Pankowstr. 23
Sonnt. abds. 7 1/2 Uhr

**All-
Heidelberg**
Probier: 30 P. u. 2 Mk.

Rose-Theater
Dir.: B. Rose
7 1/2 Uhr:
Glaube u. Heimat

Casino-Theater
Lützowstr. 11 Tgl. 8 Uhr
Neu! Neu!
Satan Weib!
Berliner Volksstück in 5 Bildern
Berliner Humor, Berliner Typen
Vorher: Bunter Teil
Volksstüml. Preise

Philharmonie
8 Uhr:
Sinfonie - Konz.
des Philharm. Orch.
Dirig.: Prof. R. Hagel
1. Sin. - Beeth., Viol.,
Kzt. - Brahms (v. d. Berg)

WINTERSGARTEN
Variété-Revue
Sonntags
3 1/2 Uhr halbe Pr.
Rauschen gestattet!

Auf Teilzahlung 1/3 Anzahlung
Rest in 6 Monatsraten
zu Ladenpreisen kaufen Sie die
schönsten und preiswertesten
Winter-Mäntel
Rod - Balletots
Sport - Pelze
tomie Geeren - Garberoben
aller Art und für alle Figuren
in dem größten Berliner
Spezialgeschäft dieser Art

Köpenicker Straße 127
3m l. 3. absteigend rechts part.
Grüßtagel 9-7 Uhr.
Der gefasste Gegenstand wird sofort nach
Anzahlung mitgegeben.
Distret! Augenlekt!

Guter Schlaf ist das beste
Heilmittel.
Merialbetten für Groß und Klein, mit oder
ohne Zubehör, 5 ab-matratz, an Private
Bequeme Bedingungen Katalog 3/A frei
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Circus Busch

Täglich 7 1/2 Uhr:
Manege-Schauspiel
aus dem Rom
Kaiser Nero's
Quo vadis?
Der Triumphzug
des Nero
**Unt. d. Krallen
der Löwen**
Unter Mitwirkung
der berühmten
**50 Quo-
vadis-Löwen**
des Kapitan
Alfr. Schneider-Kun
Kein Film!
Ein lebenswahr.
pack. Se. Spfung
Vorher: Da-er-er-er
Nov. Circ.-Prog.
Quersünder Kap. Vail's
Riesenkrokodile!

**Theater am
Hofpauer Tor.**
Täglich 8 Uhr u.
Sonnt. nachm. 3 Uhr:
**Elle-
sänger**
fabehaltes
Hovener-
Programm!
Volksstüml.
Preis

**Theater am
Hofpauer Tor.**
Täglich 8 Uhr u.
Sonnt. nachm. 3 Uhr:
**Elle-
sänger**
fabehaltes
Hovener-
Programm!
Volksstüml.
Preis

**Theater am
Hofpauer Tor.**
Täglich 8 Uhr u.
Sonnt. nachm. 3 Uhr:
**Elle-
sänger**
fabehaltes
Hovener-
Programm!
Volksstüml.
Preis

KOMISCHE OPER

Direktion: James Klein
8 Uhr Abends 8 Uhr
**Die neueste Berliner
Theater-Sensation**
**Fern
Andra**
und
**Kurt
Prenzel**
persönliches Auftreten im Rahmen
der großen fabelhaften

Revue
„Das hat die Welt
noch nicht geseh'n“
Ueber 250 Mitwirkende
Preise 2 M. bis 18 M.

Revue
„Das hat die Welt
noch nicht geseh'n“
Ueber 250 Mitwirkende
Preise 2 M. bis 18 M.

Revue
„Das hat die Welt
noch nicht geseh'n“
Ueber 250 Mitwirkende
Preise 2 M. bis 18 M.

Apollo-

8 Uhr Theater 8 Uhr
Direktion: James Klein
**Die erste große
Revue-Posse**
Das lachende Berlin
Ueber 150 Mitwirkende
Preise 2 bis 10 M.

Reichshallen-Theat.
Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
haden. halbe Pr. v. 1. u. 2. Abends
Dönhoff-Bretti: Herrlich.
Prog.!
Ant. 7 1/2. Populäre Preise

Pianos, Flügel
erstklassig, preiswert.
Römhildt,
Potsdamer Str. 126.

Berichtigung.

Volks-Feuerbestattungs- * Verein Groß-Berlin. *

Hauptgeschäftsstelle:
Berlin N 39, Chausseestraße 63, Eingang Liesenstraße
Telephon. Norden 10787 und 4756. Geschäftszeit: 9 bis 4 Uhr, Sonnabends
bis 12 Uhr, für Bestattung bis 5 Uhr.

Unter Staatsaufsicht. ♦ 400 000 Mitglieder.

Eigenes Bestattungswesen. — Eigenes Sägewerk mit
Holzbearbeitung und Sargfabrik in Biesenthal (Markt).

Treffen Sie bei Lebzeiten Anordnungen für Ihre Bestattung
Nach einmonatiger Mitgliedschaft
Kostenlose pietätvolle Bestattung

Ohne ärztl. Untersuchung kein Kircheneinstell erforderlich

Akademiker (Neuphil.)

mit abgeschl. Studium, 24jähr., gute
Allgemeinbildung, ledig, sucht
Redaktions-Volontär
mit Vergütung an sozialdemo-
kratischer Tageszeitung in Groß-
stadt oder größerer Provinzstadt.
Angebote unter 5 37 an die Ge-
schäftsstelle dieser Zeitung.

Oefen
Eiserne Oefen
Kacheloefen
Kochherde
R. Zechlin
BERLIN C.
Alexanderpl. 49

